

Holzarbeiter-Zeitung.

Beischrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementpreis M. 1 pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3539.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenthel: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 30 \mathcal{A} ,
Bergnügungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 \mathcal{A} ,
Versammlungsanzeigen 10 \mathcal{A} . Beilagen nach Uebereinkunft.

Zuzug von Musikinstrumentenarbeitern nach Leipzig ist fern zu halten.

Lohnbewegung.

Rothenburg a. d. Tauber. (Telegramm.)

Zuzug von Drechslern, Schreineren und Korbmachern fern halten. **Fleischer.**

- Zuzug ist fern zu halten von:
- Drechslern nach Halle a. d. S. und Neutlingen;
- Sau- und Möbelschilern nach Leipzig, Nürnberg, Freiburg i. B., (Waugeschäft von Ph. Stadler), Burg, Lüneburg, Lörach, Naumburg (Steincke & Co., Waugeschäft), Nordhausen, Mühlhausen i. Th., Ulm a. d. D. (Th. Berger, Hofmöbelfabrik);
- Fischlern und Drechslern nach Köslin;
- Möbelschilern nach Hamburg (Doose, Hef & Niffel und Klein, Ottensen);
- Musikautomatenschilern nach Leipzig (Lochmann'sche Musikwerke) und Mühlhausen i. Th. (Nichter's Musikwertefabrik);
- Fischlern und Stellmachern nach Dessau (Waggonfabrik);
- Korbmachern nach Bergedorf (Herlemann) und Hamburg (Heilmann);
- Binselarbeitern und Arbeiterinnen nach Nürnberg (Rosenfeld'sche Binselfabrik);
- Nähmaschinenschilern nach Karlsruhe (Firma Gaid & Neu).

Die Streikvergehen im Jahre 1898.

Allgemein gilt die Auffassung, daß eine Streikstatistik nur den Zweck hat, die Streiks als eine Erscheinung im Wirtschaftsleben darzustellen und das Material zur Beurteilung der sozialen Kämpfe herbeizuschaffen. Die bei Streiks eintretenden Ausschreitungen, Beleidigungen der Streikbrecher und dergleichen Dinge, gehören eigentlich in die Kriminalstatistik und haben mit der Streikstatistik nichts zu thun. Solche Vorkommnisse können höchstens dazu dienen, den Bildungsgrad der Bevölkerung oder die Schulung der im Streik befindlichen Arbeiterschaft zu beurtheilen. Anders liegen jedoch die Dinge in Deutschland. Hier sucht man nicht nur durch eine entsprechende Zwangs-gesetzgebung die Arbeiter am Streiken überhaupt zu hindern, sondern legt den Hauptwerth bei den statistischen Aufzeichnungen über die Streiks auf die kriminalrechtlichen Momente. Die seit dem 1. Januar 1899 geführte amtliche Streikstatistik stellte die Streikaus-schreitungen und den Kontraktbruch in den Vordergrund. Ja, man muß nach den Umständen, welche zu der Anordnung der fortlaufenden amtlichen Streikstatistik geführt haben, annehmen, daß im strikten Gegensatz zu den gleichen amtlichen Feststellungen im Auslande, der eigentliche Zweck der deutschen Statistik darauf gerichtet ist, Material gegen die Arbeiter und für eine Verschärfung der auf die Arbeitseinstellungen bezüglichen Gesetzesbestimmungen zu beschaffen.

So kommt es, daß auch die Generalkommission bei der von ihr geführten Streikstatistik den Streikvergehen eine größere Aufmerksamkeit schenken mußte. Durch Umfrage bei den Organisationen wurde die Zahl der polizeilich oder gerichtlich bestrafte Streikenden festgestellt. Die Ergebnisse dieser Umfrage dürften als zuverlässig gelten können, wenigstens soweit organisierte Arbeiter in Betracht kommen.

Das von der Generalkommission veröffentlichte Material über die Streikvergehen ist gegenwärtig von größtem Werth. An der Hand dieses Materials ist es möglich, klipp und klar den Nachweis zu führen, daß eine Nothwendigkeit für die Verschärfung der schon heute als Ausnahmeverordnungen zu betrachtenden, die Streiks betreffenden Gesetzesparagrafen nicht vorliegt. Betrachten wir dieses Material etwas näher.

Es wurden im Jahre 1898 in 44 Gewerben 985 Streiks gezählt. Eine Bestrafung von Streikenden auf

Grund des § 153 der Gewerbeordnung oder damit in Verbindung gebrachter Paragraphen des Strafgesetzbuches ist aber nur in 21 Gewerben und nur bei 107 Streiks erfolgt. Das heißt, daß 878 Streiks oder 89,2 pZt. aller Streiks ohne irgendwelche straffällige Handlung seitens der Streikenden verliefen. Durch diese Zahlen wird der deutschen Arbeiterschaft geradezu ein Ehrenzengniß ausgestellt. Dieses gute Zeugniß wird noch günstiger, wenn die Zahl der wegen eines Vergehens bestrafte Streikenden im Vergleich zur Gesamtzahl aller Streikenden gestellt wird. An den Streiks waren 60 162 Personen theilhaft. Von diesen wurden 300 oder auf 1000 Streikende 4,9 wegen eines Vergehens bestraft. Die Bestrafte erhielten insgesammt 27 Jahre 6 Monate Gefängniß, 16 1/2 Wochen Haft und M. 684 Geldstrafe. Nach diesem Strafregister sollte man annehmen, daß die bestehenden Gesetze ausreichend sind, Vergehen bei Streiks zur Strafe zu ziehen. Ja, sagen aber die Zuchthausgesetzwärmer, es kommen so viele Vergehen vor, die nicht zur Strafe gezogen werden. Das ist einfach nicht wahr und die Unwahrheit dieser Behauptung wird durch weitere Zahlen der Streikstatistik erwiesen. Es ist darin festgestellt, daß bei den Streiks im Jahre 1898 in 138 Fällen 234 Personen wegen groben Unfugs (§ 360 Nr. 11 des Strafgesetzbuches, der immer angewandt wird, wenn Nichtstrafbares in eine strafbare Handlung umgewandelt werden soll) 52 Wochen Haft und M. 2177 Geldstrafe erhielten. Ferner sind wegen Uebertretung von Polizeivorschriften in 62 Fällen 68 Personen mit 18 Wochen Haft und M. 702 Geldstrafe belegt worden. Diese Uebertretungen können als Streikvergehen nicht bezeichnet werden. Die Polizeibehörde schafft vielfach durch direkte für den Streik erlassene Verordnungen oder durch Anwendung von für ganz andere Zwecke bestimmte Gesetzesparagrafen einen Ausnahmezustand für die Streikenden. Die auf diese Weise geschaffenen Straftaten können unmöglich als Belastungsmaterial für die Streikenden betrachtet werden. Aber etwas Anderes beweisen sie. Nämlich, daß die Streikenden unter schärfster polizeilicher Kontrolle standen, und daß zweifellos auch das geringste Vergehen entdeckt und zur Strafe gezogen worden ist. Die Regierung ist sich ihrer Schwäche bei Begründung der Zuchthausvorlage bewußt. Es müßte ihr ein Leichtes sein, alle bei Streiks vorgekommenen Straftaten zusammen stellen zu lassen. Statt dessen werden in der sogenannten „Denkschrift“ zur Zuchthausvorlage ganz allgemeine Klagen über Streikaus-schreitungen geführt. Einzelne Vorkommnisse werden immer wieder erwähnt, an keiner Stelle positives Material geboten, so daß eine Nachprüfung der Angaben seitens der an den Streiks theilhaft gewesenen Arbeiter nahezu unmöglich wird. Diesem Mangel hat die Generalkommission gründlich abgeholfen. Gegenüber diesen thatsächlichen Feststellungen verschwinden die allgemeinen Angaben in der Denkschrift. Wenn bei uns die Gesetz nicht mit Rücksicht auf bestimmte bevorrechtete Interessengruppen gemacht würden, so müßte die Regierung ihr Zuchthausgesetz zurückziehen, da sie außer Stande ist, seine Nothwendigkeit nachzuweisen. Das wird nicht geschehen; es steht im Gegentheil, mehr als es ursprünglich den Anschein hatte, zu befürchten, daß ein der Zuchthausvorlage entsprechendes Gesetz im Reichstage eine Mehrheit findet.

Es wäre dies geradezu eine gesetzgeberische Ungeheuerlichkeit. Im Zeichen des Zuchthauskurses, unter schärfster Feße gegen streikende Arbeiter bei ruck-

sichtslosestem Vorgehen seitens der Behörden und Gerichte, bei alledem sind im Jahre 1898 von 1000 Streikenden nur 4,9 wegen eines Vergehens bei den Streiks bestraft worden. Auf keinem Gebiete der Kriminalität ist ein so günstiges Verhältnis vorhanden. Die Kriminalstatistik weist aus, daß in Deutschland von 1000 strafmündigen Personen (Personen über 12 Jahre alt) durchschnittlich 10,8 und im Jahre 1897 gar 12,48 bestraft worden sind. Das Verhältnis stellt sich also bei den Streiks bei Weitem günstiger auch in der Periode, in welcher die Streikenden in schärfster Weise verfolgt wurden. Das Jahr 1898 geht über den Durchschnitt der letzten Jahre in Bezug auf die Zahl der Bestrafungen wegen Streikvergehen hinaus. Von 1892 bis 1898 wurden von den an Streiks theilhaftigen 285 828 Personen 1053 bestraft. Das sind pro 1000 Streikender 3,7. Die Wirkung des Zuchthauskurses kommt in dieser Steigerung zum Ausdruck; trotzdem aber ist es nicht gelungen, die Zahl der Bestrafungen so hinauf zu schrauben, daß diese zur Begründung des Zuchthausgesetzes dienen könnten.

Bei den Holzarbeitern bleibt im Jahre 1898 die Zahl der wegen Streikvergehen Bestrafte weit hinter dem Durchschnitt zurück. Bei den 90 Streiks, welche die Holzarbeiter im letzten Jahre führten, kam es nur bei 9 zu Verurtheilungen wegen eines Vergehens. Von den 6779 Streikenden wurden 16 bestraft, das sind auf 1000 Streikende 2,4. Die Bestrafte erhielten insgesammt 1 Jahr und 6 Tage Gefängniß. Ferner wurden wegen groben Unfugs 22 Personen mit 8 1/2 Wochen Haft und M. 353 Geldstrafe, und wegen Uebertretung polizeilicher Vorschriften 19 Personen mit zusammen M. 190 Geldstrafe belegt.

Trotzdem schreien aber die Unternehmer in der Holzindustrie nicht weniger laut nach dem Zuchthausgesetz als Stumm und Genossen. Es ist auch ihnen nicht darum zu thun, den Streikbrechern einen größeren Schutz angedeihen zu lassen, sondern jeden Streikenden, zum Mindesten aber die gefassten Leiter der Streiks, in's Zuchthaus zu bringen. Wenn das an dem Nebenmenschen begangene Unrecht mit Zuchthaus bestraft werden sollte, und wenn Zuchthausstrafe Sinn für Gerechtigkeit anziehen könnte, dann müßten alle Diejenigen, welche von ihrer Profitwuth getrieben, den Streikenden durch Gesetz zu einem Verbrecher stempeln lassen wollen, in's Zuchthaus gesteckt werden. Die Streikenden aber verdienen wegen ihres fast ausnahmslos, trotz schärfster Provokationen, musterhaften Verhaltens gesetzlichen Schutz, um den ihnen durch List und Gewalt vorenthaltenen Antheil am Ertrage der Arbeit erkämpfen zu können.

Die Wahlordnung für die Handwerkskammern.

Die erste Wahlordnung liegt vor uns, wahrscheinlich werden ihr weitere folgen, da diese ganz besonders mit für die Gewerbevereine, nicht also nur für Innungen zugeschnitten ist. Die uns vorliegende Wahlordnung ist für die Handwerkskammer in Saarbrücken bestimmt, es ist aber außer allem Zweifel, daß für die übrigen circa 80 Handwerkskammern gleiche oder annähernd gleiche Bestimmungen getroffen werden, denn die obige Wahlordnung ist vom preussischen Minister für Handel und Gewerbe, Breslau, unterzeichnet. Im Wesentlichen enthält die Wahlordnung nichts Anderes, als was wir schon in voriger Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ ausführten. Wahlberechtigt sind von den Arbeitgebern die, welche im Kammerbezirk wohnen, einer Handwerkerinnung, einem

Gewerbeverein oder einer sonstigen Vereinigung angehören, welche die gewerblichen Interessen des Handwerks fördert. Diese Vereiner müssen aber zur Hälfte aus Handwerkern bestehen.

Zur Wählbarkeit ist Voraussetzung Fähigkeit zum Schaffen. Zurücklegung des 30. Lebensjahres, selbständiger Gewerbebetrieb seit drei Jahren und die Befugnis Lehrlinge anstellen zu dürfen.

Der Bezirk der Handwerkskammer wird in Wahlbezirke eingetheilt, derart, daß Gewerbevereine einerseits und Handwerkerinnungen andererseits gesondert wählen. In Wahlbezirken, wo mehr als ein Mitglied der Kammer zu wählen ist, können Wahlabteilungen nach Handwerkszweigen gebildet werden, wie dies zum Beispiel in Berlin für fünf Bezirke bereits geschehen und in anderen Großstädten gleichfalls ähnlich gemacht werden dürfte.

Nicht ersichtlich ist aus der Wahlordnung, ob die Gewerbevereine deren Mitglieder weniger als zur Hälfte aus selbstständigen Handwerkern bestehen, noch wahlberechtigt sind. Sehr viele Gewerbevereine dürften dann kaum wählen können, weil ihre Mitglieder zum guten Theile aus Lehrern, Kaufleuten usw. bestehen, zum Theil auch aus unselbstständigen Handwerkern.

Die Verwaltungsbehörde stellt ein Verzeichnis der Wahlkörper (Innungen, Gewerbevereine) auf, die in ihrem Bezirk ihren Sitz haben. Aus diesem Verzeichnis muß auch die auf jeden Wahlkörper entfallende Stimmzahl ersichtlich sein. Diese richtet sich, wie oben erwähnt, nach der Zahl der Mitglieder. Mehr als zehn Stimmen kann keine Innung resp. Gewerbeverein haben. Das sind gleich 500 Mitglieder.

Diese Wahlkörperverzeichnisse werden acht Tage lang zur Einsicht der Beteiligten ausgelegt, und sind etwaige Beschwerden innerhalb 14 Tage bei der untern Verwaltungsbehörde (Polizeibehörde) anzubringen.

Die Wahl leitet ein Kommissar der Aufsichtsbehörde. Diefem sind auch die Wahlkörperverzeichnisse einzuhandigen. Ihm hat nicht, wie etwa angenommen werden könnte, jedes Mitglied das Recht, zu wählen, sondern nur der Innungsborstand. Dasselbe ist der Fall bei der Wahl der Sejjenausschüßmitglieder für die Handwerkskammer. Hier wählen auch nicht alle wahlberechtigten Gesellen, sondern nur die einzelnen Sejjenausschüße unter sich.

Der Kommissar stellt also jedem Wahlkörper einen Stimmzettel für die Wahl des oder der Mitglieder und einen zweiten für die Wahl des Erßamannes resp. der Erßamänner zu. Auf diesen Stimmzetteln hat der Kommissar die Zahl der zu wählenden Personen, die Zahl der dem Wahlkörper zustehenden Stimmen, sowie den Zeitpunkt zu vermerken, bis zu dem die Stimmzettel an ihn zurückzugeben sind. Das Wahlergebnis wird vom Kommissar unter Zuziehung eines vereideten Protokollführers für jeden Wahlbezirk festgestellt. Als gewählt gelten diejenigen Personen, welche die meisten Stimmen haben. (Also einfache, nicht absolute Mehrheit.) Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Kommissar zu ziehende Loos. Sind die Wahlergebnisse von der Aufsichtsbehörde festgestellt worden, macht sie die Namen der gewählten Mitglieder und Erßamänner im Amtsblatt bekannt. Das Verfahren bei der Wahl der Sejjenausschüße ist dasselbe.

In § 17 ist die Rede von wahlberechtigten Sejjenausschüßen, die zu Wahlabteilungen derart zusammenzuliegen sind, daß in jeder Wahlabteilung ein Mitglied des Sejjenausschusses (zur Handwerkskammer) zu wählen ist. Selbstverständlich auch je ein Erßamann.

In Übrigen gelten die gleichen Bestimmungen, wie für die Wahl der Innungsmitglieder.

Was die Wahlordnung mit der besonderen Betonung der „wahlberechtigten“ Sejjenausschüße sagen will, ist uns nicht recht verständlich. Wahlberechtigt sind eben alle Sejjenausschüße, die auf Grund der gesetzlichen, bezw. kaiserlichen Bestimmungen gewählt sind und behördlich anerkannt und Einwendungen gegen deren Wahl nicht erhoben werden sind.

Bemerkenswert ist noch, daß der gewählte Ausschüß der Handwerkskammer das Recht hat, aus den Kreisen derjenigen Gesellen, die bei wahlberechtigten Mitgliedern der Gewerbevereine arbeiten, zwei Vertreter und zwei Erßamänner hinzu zu wählen. Vorschläge werden dem Sejjenausschüß dann zu gegebenem Zeit zu machen sein, Gesellen, welche bei Arbeitgebern beschäftigt sind, sind nicht wahlberechtigt. Auch nicht Lehrlinge, welche in Handwerksbetrieben beschäftigt sind, b. h. bei solchen Arbeitgebern, die, wenn sie kein handwerksmäßiges Gewerbe betreiben, zu einer Innung nicht verpflichtet sind resp. nicht gezwungen werden können. Als alle Arbeiter, Sejjenausschüß, Arbeiter, Arbeiter auf Werften und in Schiffsbau, ferner die Arbeiter in den großen Stahlwerken, ferner gewandt in Frage, da ihre Arbeitgeber, selbst wenn sie zu Innung freiwillig beitreten, doch nicht wahlberechtigt sind. Es ist nicht zu übersehen, wenn solche Arbeitgeber resp. Arbeitgeberinnen einen Ausschüß ernennen, demselben ist

nicht zu sagen, glauben aber kaum, da hier auch immer von selbstständigen Handwerkern die Rede ist.

Das ist aber auch Alles nicht so schlimm und nicht so wichtig; wenn nur die Gesellen auf dem Posten sind, die das Recht haben, an den Handwerksvereinigungen zu partizipieren. Dann läßt sich schon Vieles machen.

Nachdem nun also die Wahlordnung bekannt ist, auch der Weg vorgezeichnet, der für die Vorschläge der Kandidaten und deren Wahl maßgebend ist. So notwendig ein scheinbares Vorgehen am Plage wäre, muß doch erst die amtliche Eintheilung der Wahlbezirke abgewartet werden, dann erst werden sich die Sejjenausschüße der einzelnen Wahlabteilungen über die Kandidaten schlüssig werden können, und zu diesem Zwecke eine Konferenz veranstalten. Es liegen, wie aus der Wahlordnung ersichtlich, zwischen der Aufstellung der Wahlkörper und der Beschwerdefrist drei Wochen. Vor Ablauf derselben kann eine Wahl nicht vorgenommen werden, und deshalb ist noch Zeit, wenn auch nicht viel, die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen.

Der diesjährige sozialdemokratische Parteitag,

welcher vom 8. bis 14. Oktober in Hannover tagte, war der letzte seit der Aufhebung des Sozialistengesetzes und hatte, wie seine Vorgänger, sich des regen Interesses der deutschen Arbeiterklasse zu erfreuen. Die Zahl der Delegirten betrug 226. Außer diesen waren Gäste aus dem Auslande und 26 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion anwesend. Wir legen mit Recht voraus, daß unsere Kollegen über die Verhandlungen aus den Tageszeitungen hinlänglich unterrichtet sind, und also nur übrig bleibt, die Beschlüsse und Resolutionen und deren Begründung kurz zu registrieren.

Am den Bericht des Parteivorstandes, dessen einen Theil wir bereits in voriger Nummer veröffentlicht haben, schloß sich eine nur verhältnismäßig kurze Diskussion, namentlich wurde gerügt, daß der Vorstand die im Vöbtauer Prozeß verurtheilten Bauarbeiter nicht in der Liste „Unter'm neuen Kurs“ mit veröffentlicht hatte. Der Berichterstatter Kuer bemerkte, daß der Vöbtauer Fall nicht im direkten Zusammenhang mit den Parteistreitigkeiten stehe. Auch von dem Torgelomer Fall sei seinerzeit in der „Liste“ keine Notiz genommen worden, und Niemand habe sich darüber aufgeregt. Der Antrag, dem Parteivorstand eine Rüge zu ertheilen, sowie ein solcher, welcher eine Grenze festgelegt wissen wollte für die Veröffentlichung der Klassenkampfpfeiler, wie Thiele-Halle sagte, wurden abgelehnt.

Aus dem Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion, welchen Hoch gab, seien folgende, die Gewerkschaftsbewegung betreffende Neuerungen erwähnt:

„Was auf die Frage der paritätischen Arbeitsnachweise sind wir nur der bisher vor vorgeschriebenen Taktik gefolgt, aber auch in dieser einen Frage ist unsere Taktik nachträglich von den Parteigenossen gebilligt worden. Betrachten Sie die Thätigkeit der Fraktion im Ganzen, so werden Sie finden, daß wir uns zwei Strömungen in den Kreisen unserer Gegner gegenüber befinden. Die sozialen Mißstände zwingen mehr und mehr die herrschende Klasse, von unseren Forderungen ein kleines Stückchen nach dem anderen als berechtigt anzuerkennen und die sozialpolitische Bewegung auszuküßeln; so kamen die auch von uns wenn auch als schwächliche und unzureichende Verbesserungen anzuerkennenden Vorschläge zur Gewerbeordnung und zur Invalidenversicherung. Daher auch die verschiedenen sozialpolitischen Anträge der bürgerlichen Parteien. Zugleich jedoch wird die sehr kleine, aber einflußreiche Clique der Junker und Großkapitalisten dazu getrieben, aus Furcht vor der Sozialdemokratie die Arbeiterbewegung mit Gewalt zu vernichten. Mit diesen beiden Richtungen mußten wir rechnen. Wir treten einmal für einen weiteren Ausbau der Arbeiterschutzgesetze ein, um die Arbeiter vor der Verelendung zu bewahren, oder sie aus der Verelendung zu retten und sie dadurch zu so widerstandsfähiger zu machen. Die Gefahr, daß durch eine solche Taktik die Arbeiter verwirrt werden; die Gefahr, der die Theoretiker erliegen können und zum Theil meiner Ansicht nach auch erliegen sind, wird in der Praxis durch die Scharmacher hintangehalten, die fort und fort hegen und so den Arbeitern die Nothwendigkeit des Zusammenenschlusses aller Proletarier immer wieder vor Augen führen. In allen wichtigen Fragen konnte eine Verständigung in der Fraktion glatt hergeßellt werden.“

Von allen Anträgen, die im Anschluß an den Bericht zur Diskussion kamen, fanden folgende Annahme:

1. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bei Veratung des neuen Post-Zeitungsgesetzes dafür einzutreten, daß es ausbrüchlich Jedermann freigelegt wird, an Wochentagen, sowie an Sonntagen und Festtagen, gleich den Briefträgern der kaiserlichen Reichspost, zu den für den Gewerbebetrieb freigegebenen Stunden Zeitungen an Abonnenten auszuliegen.

2. Die Fraktion soll im Reichstag die landesgesetzlichen und polizeibehördlichen und der Reichsgesetzgebung widersprechenden Beschränkungen der Zeitungsverbreitung und Flugblattverteilung am Sonntag zur Sprache bringen.

Betreffs der Kasseier fand eine Resolution, die sich dem Sinne nach mit der auf dem Hamburger Parteitage angenommenen deckt, auch hier wiederum Annahme. Darnach ist die gänzliche Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben, mindestens aber dort, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen.

Das geschah bisher immer, es dürfte auch kaum etwas Anderes beschlossen werden können, so lange die deutschen Arbeiter über eine größere Macht als heute nicht verfügen.

Ueber die Erhaltung eines internationalen Kongresses referirte Liebknecht. Er führte aus, daß der Kongreß in London 1897 beschlossen habe, den nächsten internationalen Kongreß in Deutschland abzuhalten. Dies sei aber Angesichts der politischen Verhältnisse nicht möglich. Der Kongreß finde also in Frankreich statt. Auf einer vorbereitenden Konferenz, welche im Mai d. J. in Brüssel tagte, sei von französischen Genossen beantragt, im Anschluß an den allgemeinen sozialistischen Kongreß einen Gewerkschaftskongreß abzuhalten. Dieser Ansicht seien die deutschen Delegirten entgegengetreten, weil die gewerkschaftliche von der politischen Bewegung nicht losgelöst werden sollte. Schließlich hätten die französischen Delegirten sich der Ansicht der deutschen zum großen Theile angeschlossen. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Der Parteitag beschließt, die deutschen Genossen zur Verbindung des internationalen Solidaritätsgefühls zu möglichst zahlreicher Beschickung des Internationalen Arbeiterkongresses“ aufzufordern, der im Herbst des nächsten Jahres (1900) zu Paris sich versammeln wird.“

Der wichtigste Punkt des Parteitages war der über die Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktische Stellungnahme der Partei. Den Referaten Hebel's und Dr. David's, die sechs bezw. vier Stunden in Anspruch nahmen, folgte eine Diskussion, die sich über mehr als zwei Tage erstreckte. Es ist uns des beschränkten Raumes wegen unmöglich, die beiden Referate auch nur auszugeweiße wiederzugeben zu können, wir werden aber Gelegenheit nehmen, auf einzelne der wichtigsten Punkte, die namentlich für die gewerkschaftliche Bewegung von Bedeutung sind, später zurückzukommen.

Es handelte sich bei der Taktikdebatte hauptsächlich um Auslassungen Bernstein's, welcher seit einigen Jahren zu der Ueberzeugung gelangt sein will, daß es mit dem Endziel des Sozialismus noch gute Weite habe, daß ferner die von Marx und Engels vertretene „Verelendungstheorie“ heute nicht mehr vertreten werden könne, und drittens die Taktik der Sozialdemokratie eine weniger revolutionäre, als vielmehr sozialreformatorische sein müsse.

Hebel legte seinem Referat, das nach jeder Richtung erschöpfend war, folgende Resolution zu Grunde:

„Die bisherige Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft giebt der Partei keine Veranlassung, ihre Grundanschauungen über dieselbe aufzugeben oder zu ändern.“

Die Partei steht nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampfes, wonach die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann, und betrachtet es demzufolge als geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse, die politische Macht zu erobern, um mit Hilfe derselben durch Vergeßenschaftung der Produktionsmittel und Einführung der sozialistischen Produktions- und Austauschweise die größtmögliche Wohlfahrt Aller zu begründen.

Um dieses Ziel zu erreichen, bemußt die Partei jedes mit ihren Grundanschauungen vereinbare Mittel, das ihr Erfolg verspricht. Ohne sich über das Wesen und den Charakter der bürgerlichen Parteien als Vertreter und Verfechter der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu täuschen, lehnt sie ein Zusammengehen mit solchen von Fall zu Fall nicht ab, sobald es sich um Stärkung der Partei bei Wahlen, oder um Erweiterung der politischen Rechte und Freiheiten des Volkes, oder um eine ernsthafte Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse und die Förderung von Kulturaufgaben, oder um Bekämpfung arbeiter- und volksfeindlicher Bestrebungen handelt. Aber die Partei bewahrt sich überall in ihrer Thätigkeit ihre volle Selbstständigkeit und Unabhängigkeit und betrachtet jeden Erfolg, den sie erringt, nur als einen Schritt, der sie ihrem Endziel näher bringt.

Die Partei steht bei Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften neutral gegenüber; sie erachtet die Gründung solcher Genossenschaften, vorausgesetzt, daß die dazu nöthigen Vorbedingungen vorhanden sind, als geeignet, in der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder Verbesserungen herbeizuführen, sie steht auch in der Gründung solcher Genossenschaften, wie in jeder Organisation der Arbeiter zur Wahrung und Förderung ihrer Interessen, ein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse zur selbstständigen Vertretung ihrer Angelegenheiten, aber sie mißt diesen Wirtschaftsgenossenschaften keine entscheidende Bedeutung bei für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei.

In der Bekämpfung des Militarismus zu Wasser und zu Lande und der Kolonialpolitik beharrt die Partei auf ihrem bisherigen Standpunkt. Ebenso verbleibt sie bei ihrer bisherigen internationalen Politik, die auf eine Verständigung und Verbrüderung der Völker, in erster Linie der Arbeiterklasse in den verschiedenen Kulturländern, abzielt, um auf dem Boden einer allgemeinen Föderation die Lösung der gemeinsamen Kulturaufgaben herbeizuführen.

Nach all' Diefem liegt für die Partei kein Grund vor, weder ihr Programm, noch ihre Taktik, noch ihren Namen zu ändern, und sie weist jeden Versuch entschieden zurück, der darauf hinausgeht, ihre Stellung gegenüber der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und den bürgerlichen Parteien zu verschleiern und zu verrücken.

Ueber Abf. 8 fand namentliche Abstimmung statt, das Resultat war Annahme mit 206 gegen 84 Stimmen. In Abf. 6 wird das Wort „Programm“ gestrichen und dafür gesetzt: „Grundzüge und Grundanschauungen“. Die Abstimmung über die Gesamtresolution ergab deren Annahme mit 216 gegen 21 Stimmen.

Zur Verhandlung gelangt nach dem Bericht der Komtroleure und der Beschwerdekommision Punkt 6 der Tagesordnung: Erörterung über Punkt 6 des Programms, Militärfrage betreffend.

Es handelte sich bei Erörterung dieser Frage vornehmlich um Äußerungen Schippel's, die dieser gelegentlich des Hamburger Parteitages und in einem Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“ in Bezug auf die Bewältigung von Mitteln für den Militarismus gethan hatte. Meyer legte seinem Anklage-Referat folgende Resolution zu Grunde:

Der Parteitag erklärt:

Das stehende Heerwesen ist nach seiner ganzen Entwicklung und Organisation das vornehmste Machtmittel zur Aufrechtserhaltung und Befestigung der Klassenherrschaft; eine Hauptstütze für alle volks- und arbeiterfeindlichen Bestrebungen; eine Einrichtung, die nur durch die schweren, stets wachsenden und ungerecht vertheilten Opfer an Gut und Blut möglich ist, welche die herrschende Gesellschaft besonders den arbeitenden Klassen auferlegt.

Das Bestreben der Partei muß deshalb darauf gerichtet sein, das Heerwesen von Grund aus umzugestalten, so daß die Wehrkraft der Nation aus einem Mittel der Unterdrückung nach Innen und hater Beunruhigung nach Außen zu einem Mittel der Sicherung der Volksrechte und Freiheiten und der Verteidigung gegen fremde Angriffe wird.

Zu diesem Zweck verlangt die Partei eine auf demokratischer Grundlage aufgebaute Organisation der Bundes- und Volksverteidigung, die Klassenwesen und Gegensätze zwischen Volk und Heer unmöglich macht, jeden wehrfähigen Mann zum Waffen dienst verpflichtet und seine Ausbildung zum brauchbaren Wehrmann durch eine entsprechende Jugendberziehung herbeiführt.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, betrachtet es der Parteitag als selbstverständlich, den Punkt 6 des Partei-

programms andererseits aufrecht zu erhalten, und fordert von den parlamentarischen Vertretern der Partei, auch künftig letzterlei Mittel für das bestehende Militärsystem zu bewilligen und jede Gelegenheit zur Propaganda der im Punkt 8 des Parteiprogramms aufgeführten Forderungen zu benutzen.

Nach einer einstündigen Vertiefung des Schuppel's und eingehender Diskussion wurde die vorstehende Resolution angenommen. Angenommen wurde ferner folgende Resolution: Der Parteitag weiß die vom Genossen Schuppel in seinen Aufträgen über den Militarismus geäußerte Auffassung mit aller Entschiedenheit zurück, da er in ihr einen Verstoß gegen die Grundsätze der sozialdemokratischen Partei erblickt.

Abgelehnt wird dagegen ein Antrag aus Jena gegen vier Stimmen, welcher den Ausschluß Schuppel's aus der Partei verlangte, und ein Antrag aus Magdeburg, welcher Schuppel ein Mißtrauensvotum ausstellen wollte, mit großer Mehrheit.

Hierauf folgt ein Referat des Genossen Segis über die Buchhausbvorlage, das in seinen Hauptpunkten wie folgt lautet:

Die Buchhausbvorlage bietet keine Veranlassung zu theoretischen Auseinandersetzungen über die Taktik. Gegenüber der Buchhausbvorlage dürfte keine Meinungsverschiedenheit bestehen. (Sehr richtig!) Unsere grundsätzliche Stellung zu diesem Gesetzentwurf haben wir auf dem Stuttgarter Parteitag festgelegt. Die Aufnahme, welche der Gesetzentwurf im Reichstag gefunden hat, ist durch die Verhandlungen des Reichstages den breitesten Volksschichten bekannt geworden. Aus diesen Gründen und in Rücksicht auf die Arbeiten, die der Parteitag noch zu erledigen hat, handele ich wohl im Einverständnis mit den Parteigenossen, wenn ich auf meinen Vortrag verzichte. Der Reichstag hat das Wort entgegen unserem Antrage, in der verhängten Session nicht definitiv verabschiedet. Die bürgerlichen Parteien hatten nicht den Muth, sofort in die zweite und dritte Lesung einzutreten. Dadurch ist in weiten Arbeiterkreisen eine Vertrauenslosigkeit erweckt worden, die in den Verhältnissen nicht begründet liegt. Die Buchhausbvorlage ist keineswegs deßhalb, die Situation hat sich so gestaltet, daß viel mehr zu beklagen ist, daß wenn auch der Gesetzentwurf nicht in der vorliegenden Fassung zur Annahme gelangt, doch so viel verbleibt, was hinreicht, die gewerkschaftliche Organisationsarbeit schwer zu schädigen. Deshalb müssen alle Arbeiter ohne Unterschied der Parteistellung ihre ganze Kraft einsetzen um den bürgerlichen Parteien den Rücken zu steifen und diese zur Ablehnung des Gesetzentwurfs zu veranlassen. Der Kampf gegen die Buchhausbvorlage scheint mir in der nächsten Zeit die wichtigste Aufgabe der Partei zu sein. Wenn in den Auseinandersetzungen auf dem Parteitag aus einzelnen Äußerungen geschlossen werden könnte, daß wir nicht mit voller Sympathie der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter gegenüberstehen, so wird der Kampf gegen die Buchhausbvorlage das Gegenstück beweisen. (Bravo.) Deshalb wollen wir unsere ganze Kraft einsetzen, um den Kampf gegen die Buchhausbvorlage weiter zu führen. Dazu verpflichtet Sie die vorgelegte Resolution.

Diese hat folgenden Wortlaut:

Die grundsätzliche Auffassung über die Nothwendigkeit des Koalitionsrechtes und die Gemeinwohlbedeutung der dasselbe bedrohenden Buchhausbvorlage hat bereits der Stuttgarter Parteitag festgelegt. Der seitdem von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf hat der deutschen Arbeiterklasse gezeigt, daß nach Annahme desselben jeder Kampf der Arbeiterorganisationen für Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse unmöglich gemacht würde. Jetzt schon wird durch die Vereinsgesetzgebung der Einzelstaaten und ihre reaktionäre Handhabung die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter außerordentlich erschwert, und die seit der Deutscher Kaiserrede ergangenen Klassenurtheile à la Bödow lassen keinen Zweifel, welchem Zwecke die Buchhausbvorlage dienen soll.

Die bürgerlichen Parteien haben bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs zum Schutz der „Arbeitswilligen“ im Reichstag weber die politische Einsicht noch den Muth befehlen, durch sofortige Verwerfung der Vorlage in zweiter Lesung — wie es unsererseits verlangt wurde — die Gefahren zu beseitigen, welche für die deutschen Arbeiter und die geistliche Entwicklung im Reich daraus hervorgehen.

Die Regierungs- wie die Unternehmerpresse und die Unternehmerorganisationen sind seitdem unablässig thätig gewesen, die öffentliche Meinung irre zu führen, und bei der Abhängigkeit der Regierungen und der bürgerlichen Parteien von den Koalitionen der Großkapitalisten ist zu fürchten, daß die gemeingefährlichen Anschläge der Schwärzmaier Erfolg haben werden.

Die deutschen Arbeiter haben daher ein Lebensinteresse daran, sich immer wieder diese Erfahrungen vor Augen zu führen. Der Parteitag fordert daher die deutschen Arbeiter ohne Unterschied ihrer religiösen oder politischen Anschauung auf's Neue zu unablässiger Agitation auf, namentlich auch nach der Richtung hin, ihren politischen Einfluß aufzubieten, um jene Vertreter bürgerlicher Parteien zur Verwerfung der Vorlage zu veranlassen, die noch nicht ganz in einseitigen Klassenhass zu blinden Werkzeugen der großkapitalistischen Interessen geworden sind.

Statt Verfüzung des Koalitionsrechtes muß Ausbau und Erweiterung der Rechte der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete und gesetzliche Sicherstellung der Organisationen der Arbeiterklasse gegen Polizei und Unternehmertum gefordert werden.

Sowohl die Resolution, sowie folgender Antrag, welcher von Frau Lily Braun begründet wurden, fanden einstimmige Annahme: Der Antrag lautet:

Der Parteivorstand wird ersucht, für die baldige Herausgabe einer kurzen, möglichst billigen Broschüre zu sorgen, die zur Agitation unter den Frauen weiteste Verbreitung finden soll. Im Wesentlichen soll sie, unter Hinweis auf die Buchhausbvorlage, die Frauen über die ihnen drohende weitere Benachteiligung ihrer geringen Rechte aufklären und sie auffordern, nicht nur kräftig gegen sie zu protestieren, sondern auch mit allem Nachdruck für die Erweiterung des Vereins- und Versammlungsrechtes einzutreten.

Damit waren die theoretischen Erörterungen über das Programm und über die zunächst einschlägigste Taktik erledigt und wandte sich der Parteitag den verschiedenen Anträgen zum Programm und zur Organisation zu.

Beschlossen wurde, den Berliner Genossen bei Anstellung und Entlassung im Personal der Redaktion und Expedition des

„Vorwärts“ einen größeren Einfluß, wie überhaupt ein größeres Mitbestimmungsrecht einzuräumen.

Den Genossen in Sachen, welche gelegentlich der städtischen Wahlen gegen die Beschlüsse der Landesversammlung handelten, spricht der Parteitag eine scharfe Mißbilligung aus.

Angenommen wurden noch folgende, von den weiblichen Delegirten gestellten Anträge:

Der Parteitag erinnert die Genossinnen und Genossen an den Beschluß des Vorjahres, überall dort weibliche Vertrauenspersonen der Genossinnen zu wählen, wo die Thätigkeit derselben zur Förderung einer planmäßigen Agitation unter dem weiblichen Proletariat nöthig erscheint.

Der Parteitag fordert die Genossinnen und Genossen auf, in thätigster Weise eine in nächster Zeit zu erscheinende allgemeine Agitation der Genossinnen für den weiteren Ausbau des gesellschaftlichen Arbeiterinnenschutzes zu unterstützen und für folgende Forderungen einzutreten:

1. Absolutes Verbot der Nachtarbeit für Frauen.
2. Verbot der Verwendung von Frauen bei allen Beschäftigungsarten, welche dem weiblichen Organismus besonders schädlich sind.
3. Einführung des gesetzlichen Achtstundentages für die Arbeiterinnen.
4. Freigabe des Sonntagnachmittags für die Arbeiterinnen.
5. Ausdehnung der Schutzbestimmungen für Schwangere und Wöchnerinnen auf mindestens einen Monat vor und zwei Monate nach der Entbindung; Befreiung der Ausnahmehilfführungen von diesen Bestimmungen auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses.
6. Ausdehnung der gesetzlichen Schutzbestimmungen auf die Hausindustrie.
7. Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren.
8. Sicherung völliger Koalitionsfreiheit für die Arbeiterinnen.
9. Aktives und passives Wahlrecht der Arbeiterinnen zu den Gewerkschaften.

Eine Reihe Anträge, welche die Bekämpfung des Alkohols fordern, werden abgelehnt, weil die Partei als solche nicht mit der Alkoholverfrage zu thun hat.

In den Parteivorstand wurden wiedergewählt: Weber, Singer, Gerlich, Auer und Psannlich; zu Kontrolleuren Meister, Raden, Brähne, Koenen, Zeilin, Ehrhardt und Meyer.

Der nächste Parteitag wird in Mainz stattfinden.

Singer giebt am Schluß der Verhandlungen einen Rückblick auf dieselben und erklärt, daß die Genossen mit den Ergebnissen des Parteitages zufrieden sein können. Es habe sich gezeigt, daß trotz der leidenschaftlichen Diskussion und trotz der vorhandenen persönlichen Differenzen, trotz der verschiedenen Anschauungen der Einzelnen über einzelne Fragen, die Partei als solche in fast allen Fragen eine einheitliche Stellung eingenommen habe. Die Erwartungen, welche die Gegner hegten, seien wieder einmal nicht in Erfüllung gegangen, die Partei sei nicht nur nicht gespalten, sondern fester und einiger denn je. „Wir sind, was wir waren, und bleiben, was wir sind: die alte Sozialdemokratie, die in der Befreiung der bürgerlichen Gesellschaft, in der Befreiung der Ausbeutergesellschaft ihr Ziel erblickt; daß wir sind die alte Sozialdemokratie, die auf dem Wege zu ihrem Ziele Alles, was sie der bürgerlichen Gesellschaft abtrogen kann, ihr nur deshalb abtrotzt, um sich kampffähiger, stärker zu machen. Und wer jetzt noch behauptet, daß die sozialdemokratische Partei geneigt ist, auch nur um ein Jota von ihren Grundsätzen abzugeben, wer behauptet, daß sie geneigt ist, mit bürgerlichen Parteien insofern in Beziehung zu treten, als wir anerkennen, daß die bürgerlichen Parteien und Kreise, sie mögen einen Namen haben, welchen sie wollen, durch ihre Ueberzeugungen, durch ihre Politik geeignet seien, uns in ihre Reihen hinzuzuziehen, wer das behauptet, kennt unsere Verhandlungen nicht, kennt vor Allem nicht den Geist, in dem sie geführt sind. (Bravo!) Parteigenossen! Es giebt ein Wort, das heißt: Durch Einigkeit zum Sieg! Ich andere es ein wenig und sage: Durch Einigkeit zum Ziel und zwar zum Endziel! (Bravo!) Und das Ergebnis der verflochtenen Woche kann uns nur zufrieden stellen. Denn wenn wir jetzt zurückgehen in unsere heimischen Kreise, wenn wir über uns ergehen lassen müssen die Fluth der Ausfahrungen in der gegnerischen Presse, wenn der Feind in der Partei vielleicht nicht so festgesetzt überzeugt sein wird, daß die Beschlüsse so aufzufassen sind, wie ich es eben vorgetragen habe, dann werden wir unsere Einigkeit beweisen nach wie vor, unsere Geschlossenheit gegen den Feind, gegen die heutige Gesellschaft. In dieser Ueberzeugung und im Gefühl des Stolzes auf dies Ergebnis sage ich: Die Banner hoch! Nach wie vor zum Kampf, zum Kampf für das Endziel, zum Kampf auch für die Forderungen der Gegenwart, zum Kampf mit einem Wort in der alten siegreichen Weise. (Bravo!) Das sollen wir thun, das wollen wir thun. Und ich schließe nicht einen einzigen in diesem Saale aus, von dem ich das nicht annehmen möchte. (Bravo!) Wir wollen uns kräftigen in diesem Bestreben, indem wir all das, was wir fühlen, all das, was wir wollen, zusammenfassen in unseren alten, guten Schlußruf: „Die Sozialdemokratie, sie lebe hoch, hoch, hoch!“

Mit diesen Worten schloß Singer den Parteitag.

Tischler-Zwangssinnung in Kassel und der Kampf gegen die dortigen Gesellen.

In einer am 18. Oktober hier abgehaltenen öffentlichen Schreiner-Verammlung wurde der Bericht von der ersten Sitzung des Gesellenausschusses mit dem Vorstand der Schreiner-Zwangssinnung entgegen genommen. Leider war die Versammlung nicht besonders gut besucht, wozu wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen doch wohl alle Ursache hätten. Die zwei Hauptpunkte, welche darin zur Besprechung gelangten, waren: „Innungskrankenkasse und Arbeitsnachweis“.

Wir wollen nun unseren deutschen Kollegen mal unterbreiten, wie die hiesige Zwangssinnung mit uns umbringen möchte. Zunächst sei vorausgeschickt, daß die Zwangssinnung am 1. Juli in's Leben getreten ist. Am 15. Juli ist sodann auch schon das Statut der Zwangssinnungskrankenkasse von der Regierung genehmigt worden, und Ende September, nachdem von unserer Seite darauf gebrungen war, kühlten sich die Herren Meister endlich bewogen, den Gesellenauschuß wählen zu lassen. Die von uns aufgestellten Kollegen gelangten natürlich zur einstimmigen Annahme. Dem Geiz nach mußte zur Gründung der Krankenkasse der Gesellenauschuß erst seine Zustimmung geben, aber da setzen sich die Herren einfach darüber hinweg.

Die Krankenkasse der alten Innungskrankenkasse und der Ortskasse für Schreiner sind bei der Statutenberathung noch nicht mal zur Sprache gezogen worden, und auf Anfragen derselben sind ihnen immer ausweichende Antworten zu Theil geworden. Die Meister haben das Statut hübsch allein verfertigt und steht es ja nun freilich auch darnach aus. Erstens haben sie sich das Recht der halben Beitragzahlung gesichert, natürlich um die unbeschränkten Herren im Hause zu werden, wie sie sich ja selbst gehöhrt. Sodann haben sie eine herrliche Klasseneintheilung zu Wege gebracht. In der Ortskrankenkasse für Schreiner lauten nämlich die Mitglieder bei einem Verdienst von M. 2,50 ab zur ersten Klasse und erhalten ein Krankengeld von M. 12. Im Statut der Zwangssinnungskasse ist es etwas anders, da fängt nämlich die erste Klasse erst bei einem Verdienst von M. 3,50 an und wirft ein Krankengeld von M. 10,50 ab. Wer unter M. 3,50 verdient, gehört zur zweiten Klasse und muß sich mit einem Krankengeld von M. 9 begnügen, und wer unter M. 2 verdient, gehört der dritten Klasse an, um sich mit einem Krankengeld von M. 4,50 im allergeringsten Falle vor dem Verhungern zu bewahren. Mit einem Verdienst von M. 3,50 sind nur die wenigsten Kollegen beglückt. Kollegen, welche glücklicherweise der Beirath entronnen sind, werden noch sehr oft unter M. 2 ausgelohnt. Die Mehrzahl der Kollegen würde also in die zweite Klasse kommen, und was es heißt, im Krankheitsfalle mit einem Krankengeld von M. 9 einem kranken Mann und unter Umständen zahlreicher Familie das Leben zu fristen, wird sich wohl ein jeder Kollege ausmalen können. Die Bestimmungen sind also bedauernd herabgesetzt, während die Beiträge in der alten Höhe geblieben sind.

Da wir nun den Herren Meistern erklären, daß wir dieses auf völlig ungesetzlichem Wege geschaffene Statut nicht anerkennen, soiglich hieraufhin auch keinen Vorstand wählen, haben sie es in die Länge gezogen bis nach dem 1. Oktober, dem für uns zum Austritt einzigen Kündigungstermin. Jetzt verlangen sie, wir sollen die Krankenkasse anerkennen und unsere Vorstandsmitglieder dazu wählen. Die hiesigen Kollegen glauben aber immer noch zu ihrem gesetzlichen Rechte zu kommen und haben ihren Vorstand beauftragt, den Beschwerdeweg so schnell wie möglich zu betreten und bis zur äußersten Instanz durchzuführen.

In Sachen des Arbeitsnachweises sei erwähnt, daß hier am Orte am 1. Mai ein städtischer Arbeitsnachweis gegründet wurde. Von der Innung wurde nun derselbe anerkannt, aber Gesellen konnten sie nur vereinzelt dort bekommen. Da unsere Kollegen treu zu unserem Nachweis hielten, waren die Meister wohl gezwungen, zu unserem Nachweis zu kommen. Allem Anscheine nach will die Innung es jetzt zur Kraftprobe kommen lassen, denn sie verlangt nun von uns, daß wir unseren, sich seit Jahren sehr gut bewährten Arbeitsnachweis niederlegen, und wir sollen schriftlich erklären, weshalb wir ihn nicht niederlegen wollten. Die Frage zu beantworten ist ja leicht, und weiß die Innung es wohl gerade so gut wie wir. Erstens hat unser Nachweis die Jahre her viel zur Stärkung unserer Organisation beigetragen, und zweitens ist es doch nicht mehr wie recht und billig, daß wir die Kontrolle über den Arbeitsmarkt, über unsere Waare Arbeitskraft selber in Händen behalten. Wir wollen ja der Innung recht gerne eine Kontrolle über unseren Arbeitsnachweis zugestehen, damit sie sehen, daß derselbe gerecht und ordnungsmäßig verwaltet wird, aber denselben niederzulegen, dafür sind wir nicht zu haben. Da wir nun darauf rechnen müssen, daß die Innung die Angelegenheit auf die Spitze treibt, so haben wir dem Hauptvorstand die Sache unterbreitet, um Direktive zu erhalten und gegebenenfalls auf Alles vorbereitet zu sein.

Der Streik der Tischler in Burg

ist nach nunmehr 27wöchiger Dauer beendet. Sämmtliche von uns gestellten Forderungen wurden von den Unternehmern heidungsblos bewilligt: die Verkürzung der Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden und ein Akkordzuschlag von 5—10 pZt., ebenso für Lohnarbeiter der gleiche Lohn bei neunstündiger Arbeitszeit wie früher bei zehnstündiger. Es war ein langer, ein harter Kampf; der Sieg ist deshalb um so schöner. Nach den ersten neun Wochen des Streiks, als die ersten Verhandlungen von uns angebahnt wurden, ja sogar nach 19wöchigem Streik glaubten die Unternehmer noch, uns ihren Selbstständigkeitsbündel, ihr „Wir wollen Herr im Hause sein“, entgegenhalten zu können. Nicht ein Einziger zeigte sich geneigt, uns auch nur augenscheinlich Konzessionen zu machen; man glaubte eben, daß nach so langer Dauer die Arbeiter endlich müde sein müßten. Doch man hatte die Rechnung ohne die Gesellen gemacht. Und was geschah nun? Eine Woche nachdem kamen verschiedene von den Herren Meistern einzeln, immer Einer nach dem Andern, und wünschten Arbeiter zu den von uns geforderten Bedingungen. Verschiedene, hauptsächlich größere Unternehmer, welche sich gerne die Güte der Tischlermeister von Burg nennen, glaubten nun trotzdem noch durch ihre Halsstarrigkeit unseren Muth sinken zu machen, doch auch jetzt war man auf dem Holzwege. Annähernd hatten wir bereits Oberwasser und im Laufe der 27. Woche bewilligte auch der letzte Theil ohne unser Zutun, unsere Gesamtforderung. Sämmtliche Provokationen, Anzeigen wegen Streikverstößen, Verächtlichmachungen in den Zeitungen, der Appell an die Bürgerschaft zur Unterstützung der Unternehmer, das Ausschicken der Kollegen in ihren Wohnungen zwecks Wiederaufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen und alles Andere, was man glaubte gegen uns auszuspielen zu müssen, es hat nichts genützt. An der Einigkeit, an dem Zusammengehörigkeitsgefühl der Kollegen, mußte der Unternehmerrhochmuth kläglich Fiasko machen. Der Beweis, daß nur durch eine straffe Organisation im Kampfe mit dem koalirten Unternehmertum etwas zu erreichen ist, er ist durch unseren Streik geliefert. Wären nicht sämmtliche Kollegen und fast alle alte Verbandsmitglieder, wir hätten bei der Hartnäckigkeit der Unternehmer statt des errungenen Sieges eine Niederlage und somit auch zu gleicher Zeit einen Rückschlag für unsere Zunft erhalten auf viele Jahre erlitten. Mögen die Kollegen Deutschlands sich dies zu Herzen nehmen und nicht, wie es leider noch zu oft vorkommt, gleich, nachdem irgendwo eine Zahlstelle des Verbandes gegründet ist, die betreffenden Mitglieder an den Vorstand um Einwilligung zum Streik herantreten. Derartige Streiks werden größtentheils verloren gehen. Den Beweis hierfür hat die letzte Vergangenheit zur Genüge geliefert. An die Kollegen Burgs aber ergeht der Ruf, nicht auf den errungenen Vorbeeren auszuharren, sondern stets Wacht zu halten, damit nicht bei der ersten, den Unternehmern passenden Gelegenheit das Errungene uns wieder genommen wird.

Aus all den Gründen können wir der Regierung nur die entschiedenste Mißbilligung aussprechen, ihre Abstimmung auf's Allerhöchste beurtheilen.

Minister Feilich redete sich und Anderen ein, daß der Zuchthausgesetzgebung an dem § 152 der Gewerbeordnung der Unterlage des Koalitionsrechts nicht das Geringste ändern wolle. Gegenüber der Behauptung des Abgeordneten Dertel, daß die Denkschrift schwach und erbärmlich sei, bemerkte der Minister, daß er die Denkschrift für objektiv und gewissenhaft halte. Auch ging der Minister mit einer Mitschrift Kreselber arbeitswilliger Härder haustren, in welcher um Schutz gegen den Terrorismus der Streikenden gebeten wurde. Das ist dieselbe Mitschrift, von der bald darauf von den Unterzeichnern erklärt wurde, daß sie zu dem Zwecke ihre Unterchrift nicht gegeben hätten; sie haben gebläut, daß es sich um für sie günstige Unterhandlungen an höherer Stelle gehandelt habe.

Der Minister des Innern resümierte seine Rede: 1. Nach der Anschauung der Königl. Staatsregierung wird durch den Gesetzesentwurf das durch den § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung gewährte Koalitionsrecht in keiner Weise beschränkt. 2. Bei der Prüfung des zur Begründung des Gesetzesentwurfes zur Verfügung gestellten Materials konnte sich die Königl. Staatsregierung nicht verhehlen, daß die Bestimmungen des § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung bei den Versuchen, die Arbeitswilligen gegen Ausschreitungen bei Streiks zu schützen, mehrfach nicht ausreichten, und daß eine Ergänzung dieser Vorschriften veranlaßt und sogar im eigensten Interesse der Arbeiterchaft gelegen sei. Aus diesen Gründen glaubte die Königl. Staatsregierung den Vorschlägen des Gesetzesentwurfes gegenüber sich nicht ablehnend verhalten zu sollen. Er siehe den Arbeitern ebenso objektiv gegenüber wie den Unternehmern. Zu leugnen aber sei auch nicht, daß frivole Streiks und ein gewisser Terrorismus von einem großen Theil der Arbeiter selbst schwer empfunden werden.

Dem Minister des Innern sprang der Justizminister Leonrod bei. Er bestritt, daß die bloße Anwendung des Koalitionsrechts schon eine Bestrafung zur Folge haben solle. Die Bezeichnung „Zuchthausvorlage“ sei ganz falsch, denn nur in den seltensten Fällen würden die §§ 1 und 8 in Anwendung kommen.

Am Dienstag, den 24. Oktober, ist Fortsetzung der Debatte. Segiß von den Sozialdemokraten und Schäbler vom Zentrum sind als Redner gemeldet.

Versammlungsfreiheit in Mecklenburg. Frau Threr befindet sich gegenwärtig auf einer Agitationstour im Lande mit dem berühmten Ochsenkopf im Wappen. Die Versammlungen in Wismar und Leterow wurden verboten und eine in Neubudow nach zehn Minuten aufgelöst — weil zu politischen Versammlungen die Genehmigung des Ministeriums erforderlich ist und diese nicht eingeholt war. Ist es, um solchen Verboten zu vorbeugen, nicht besser, wenn mittelst Handzettel (die der Parteizeitung für die Leser an dem betreffenden Orte beigelegt werden) zur Versammlung eingeladen wird? Da die Abonnenten bezw. diejenigen Leser, welche von Kolporturen bebient werden, einen geschlossenen Kreis von Personen bilden, und diese, aber auch nur diese, die Versammlung besuchen, kann nur von einer Versammlung für einen bestimmten Kreis von Personen, nicht aber von einer öffentlichen Versammlung die Rede sein. Das ist nach unserer unmaßgeblichen Meinung gesetzlich durchaus zulässig, und käme es ja auf einen Versuch an. Man erspart dann Anmeldung und auch die Einholung der ministeriellen Erlaubniß.

Vom Submissionsunfug. In der „Münch. Post“ ist folgender Fall registriert: Die Schreinerarbeiten am Erweiterungsbau der Wittelsbacher Schule waren in Submission vergeben. Die meisten Schreinermeister hatten M. 8000, einige M. 9000 und M. 10 000 gefordert. Unter den Angeboten befand sich aber auch eines in der Höhe von M. 4968, also fast um die Hälfte niedriger, als die Angebote der übrigen Submittenten.

Die „Münch. Post“ bemerkt weiter: Bürgermeister von Brunner meinte, nach einem Bericht der „M. N. Nachr.“, der Mann müsse sich unbedingt bei Ausrechnung seines Angebotes geirrt haben. Entweder falle er bei Ausführung der Arbeit herein oder diese geschehe auf Kosten der Solidität (und der schlechteren Bezahlung der Arbeiter“ hätte Herr von Brunner hinzusetzen sollen. Red. d. Holzarbeiter-Zeitung“).

Auf die Ausführung des Magistratsmitgliedes Helbenberg, daß das Stadtbauamt in solchen eklamanten Fällen die Submittenten fragen solle, ob und wie sie glauben, auf ihre Rechnung zu kommen, erwiderte Oberbaurath Schwiening, daß es dem Stadtbauamt ausdrücklich verboten sei, sich mit den betreffenden Leuten deshalb in Verbindung zu setzen. Er beantragte, die Arbeit dem zweiten Mindestbietenden zu übertragen. Da aber die Meinung auch vertreten wurde, es könnte der Betreffende infolge günstiger Materialerwerbungen zc. thatsächlich die Arbeit entsprechend ausführen können, beschloß der Bauerrat, der Sache ihren Lauf zu lassen und dem Mindestbietenden den Zuschlag zu erteilen.

Wir gestatten uns die ergebenste Anfrage, ob das von Herrn Schwiening erwähnte Verbot neueren Datums ist, oder ob es schon bestanden hat vor der Vergebung der städtischen Kühlhallen-Anlagen? Bei der damaligen Submission wurde bekanntlich die Schaufmacherfirma Heilmann & Wittmann durch einen städtischen Beamten auf einen „Rechenfehler“ im eingereichten Angebot aufmerksam gemacht, worauf die Firma die betreffenden Ziffern korrigierte. U. U. w. g.“

Ob eine solche gegeben werden wird? Wir meinen auch, die Obere eines Gemeinwesens sollen zwar haushälterisch mit den Steuergroßten verfahren; aber wenn von vornherein feststeht, daß ein Submittent unbedingt unrichtig kalkuliert hat, dann sollte man ihn von kompetenter Stelle entweder auf seinen Irrthum aufmerksam machen oder ihm den Zuschlag nicht erteilen. Es kann nicht im Interesse des Volkes eines Gemeinwesens liegen, wenn ein Theil seiner Bürger direkten Schaden leidet und zum Anderen eine minderwertige Arbeit geliefert wird. Eine Gemeindebehörde sollte sich nicht den Vorwurf machen lassen, daß sie bei gewissen patriotischen Anlässen immer heidenmüßig viel Geld hat, aber wo es sich um angemessene Honorirung von städtischen Arbeiten handelt, die Rolle der Sparagnes spielen will.

Die Lage des Arbeitsmarktes. „Der Arbeitsmarkt“, die Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktberichte (Herausgeber Dr. J. Jastrow), Verlag von Georg Reimer, Berlin, schreibt darüber Folgendes:

„Die ersten leisen Anzeichen einer ungünstiger werdenden Situation sind auf dem Arbeitsmarkte bereits zu bemerken. Während vom August zum September der Andrang der Arbeitsuchenden an den öffentlichen Arbeitsnachweisen abzunehmen pflegt, hat er diesmal zugenommen: Auf 100 offene Stellen waren im August nur 92,5 Arbeitsuchende gezählt, im September aber 98,9. Obgleich die Mitgliederbestände der Krankenkassen noch keine Abnahme (vielmehr eine geringe Zunahme) zeigen, so ist doch die Steigerung des Andranges an den Arbeitsnachweisen um diese Jahreszeit eine so auffallende Erscheinung, daß sie als die bezeichnende Thatsache angesehen zu werden verdient. Kein Wunder, daß die schon oft betonten Zustände in der üppig blühenden Bergwerks- und Metallindustrie, in denen Mangel an Kohle und an Halbzeug manche Werke zu Einschränkungen oder gar zum Stilllegen zwingt, die warnend vorhergesagten Wirkungen auch auf dem Arbeitsmarkte zu zeigen beginnt. Gemindert und vertheuert wird der Kohlenmangel schließlich auf alle Industrier. Dampftriebe, die mit der Konkurrenz von Wasser, Wind und Handbetrieben zu rechnen haben, wie Drennerien, Brauereien, Ziegeleien u. a. m., werden besonders empfindlich getroffen. Dazu kommen Wirkungen früherer oder noch andauernder Unterproduktion, wie im Textilgewerbe, wo sie in letzter Zeit stellenweise noch gestiegen zu sein scheint, damit manchen Händen zwar vorübergehende Beschäftigung schaffen, aber die Gefahr einer drohenden Krisis verdecken. Nachgelassen hat der bisher abnorm starke Bedarf in der Zementfabrikation, im Waggonbau, in manchen Gegenden auch im Baugewerbe.

Die die Welt durchziehende Geldvertheuerung übt auf die Möglichkeit gewerblicher Unternehmungen ebenfalls ihren Einfluß. Zu dem Goldabfluß nach den Vereinigten Staaten hat sich der nach Afrika (für Zwecke der Kriegserüstung) hinzugesellt. Die Bank von England ging zweimal mit Erhöhungen des Diskonts voran, und die deutsche Reichsbank folgte am 2. Oktober mit einem Hinaufgehen von 5 auf 6 pZt. An der New Yorker Börse war die Geldknappheit so stark, daß man vorübergehend sich bereit erklärte, für tägliche Darlehen Zinskäse zu zahlen, die auf das Jahr berechnet 40 pZt. betragen. Aus Ungarn wird bereits berichtet, daß infolge der Geldvertheuerung angelegene Baukrimen in Schwierigkeiten gerathen und nur durch großes Entgegenkommen vor dem Zusammenbruch noch bewahrt werden konnten.

Allerdings stehen den beängstigten Erscheinungen die fortwährend erfreulichen gegenüber. In den letzten Monaten ist der Güterverkehr so angeschwollen, daß z. B. am Anhalter Bahnhof in Berlin Güter zeitweise zurückgewiesen werden mußten. Die großen Werke in den einzelnen Industriezweigen sind wohl meist noch auf längere Zeit mit reichen Aufträgen versehen. Die Preissteigerungen in der Eisenindustrie werden noch günstig kommentirt. Ueberhaupt ist auf der Oberfläche des Wirtschaftens die schon seit Jahren währende günstige Pshyognomie noch immer maßgebend. Geipannt aber bleibt immerhin die augenblickliche Lage des Arbeitsmarktes, und die Zukunft gebietet Vorsicht im Hinblick auf nicht wegzuleugnende Gefahren.“

Französische und deutsche Arbeiterpolitik. Aus Paris wird vom 11. d. M. berichtet:

„Der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau legte im Minister-rath einen Gesetzesentwurf vor, nach welchem den Arbeitersyndikaten die Rechte einer juristischen Person zuerkannt werden und ihnen die freie Ausübung der sich aus dem Gesetze vom Jahre 1894 über die Syndikate ergebenden Rechte zugesichert wird.“

Es trifft sich gut, daß die französische Regierung gerade jetzt daran geht, den Arbeiterorganisationen eine festere Position zu schaffen, zu derselben Zeit, da in Deutschland Regierung und Unternehmern eifrig bemüht sind, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter noch mehr einzuschränken. Wird der „Etat der sozialen Reform“ durch das Vorgehen Frankreichs zur Umkehr getrieben werden, oder legt man keinen Werth mehr auf den allerdings nur angemessenen, nicht wirklich verdienten Ruf, an der „Spitze der Sozialreform“ zu marschiren?

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

6. Gau. Vorort Berlin.

Berichterstattung vom 1. Januar bis 31. Juni 1899.

War die Thätigkeit im ersten Halbjahre des Bestehens der Gau nicht eine solche ausgebehnte, so kann vom ersten Halbjahre 1899 über eine größere und bessere Agitation und Inanspruchnahme des Gauvorstandes bei Streiks und Streitigkeiten berichtet werden. Allerdings muß zugleich bemerkt werden, daß sich einzelne Zahlstellen doch noch nicht daran gewöhnen können, bei Streiks und Differenzen erst den Rath und die Verhandlungen des Gauvorstandes abzuwarten, sondern die Arbeit ohne Weiteres niederlegen. Wenn das Arbeitsfeld ein größeres und die Agitation für den Gau eine bessere werden soll, so müssen sich die Zahlstellen hestehigen, die Situationsberichte aus ihren Orten pünktlich und möglichst ausführlich einzusenden.

Im Berichtshalbjahre fanden auf Veranlassung des Gauvorstandes 54 Versammlungen statt. Durch das Gebahren einzelner Saalinhaber war es uns an mehreren Orten nicht möglich, Versammlungen abzuhalten. Mitgliederversammlungen können in verschiedenen Orten abgehalten werden, obgleich es sonst nicht möglich ist, einen Saal zu einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung zu bekommen. Zurückzuführen ist dies zum großen Theil darauf, daß durch die Nachlässigkeit und Gleichgültigkeit der Kollegen, auch der organisirten, solche Wirthe vernachlässigt und ihre Lokale nicht besucht werden. Sie fürchten die Schifane der Polizei, und um ihre Existenz nicht zu gefährden, verweigern sie lieber die Säle.

Die Agitation wurde auch auf solche Orte ausgebehnt, an welchen eine Zahlstelle nicht bestand, jedoch die Annahme nahe lag, solche gründen zu können, weil die Holzindustrie in ihrer Entwicklung an diesen Orten große Fortschritte gemacht hatte, so z. B. in Rührin, Neppen u. A. Neu gegründet wurde eine Zahlstelle in Fürstberg a. d. O. Eingegangen ist die Zahlstelle Treuenbriezen. Zum Gau gehören mithin 42 Zahlstellen. Die Korrespondenz mit den Zahlstellen war eine äußerst rege. In Briefen und Karten gingen ein 210, Drucksachen und Pakete 34, Depeschen 5. Abgeschickt sind 168 Briefe und Karten, 45 Drucksachen und Pakete und 4 Telegramme.

Zur Regelung von Lohnifferenzen wurde die Thätigkeit des Gauvorstandes 16mal in Anspruch genommen. Ablershof wurde betreffs Regelung des Streiks in der Richtenmübel-Fabrik von Luge sieben Mal besucht. Der Streik ging infolge der großen Zahl Arbeitswilliger verloren. In Berlinchen war ein zweimaliges Eingreifen des Gauvorstandes erforderlich. (Diese Zahlstelle ist im dritten Quartal eingegangen.) In diesem Orte wurde von Seiten eines Unternehmers (Stuhlfabrik) versucht, von dem ohnehin schon schlechten Lohn (zweiß Stühle zusammenzusetzen M. 1) noch 20 % abzuziehen. Der Versuch gelang, indem die Kollegen nicht einig genug waren, dies abzuwehren. In Frankfurt a. O. wurden die Kollegen einer Möbelfabrik (Schüler) durch Abzüge, welche zum vierten Male erfolgten, gezwungen, in den Ausstand zu treten. Durch das feige Betragen Einzelner ging der Ausstand verloren. Dasselbe ist von einer Drechslerlei in Trebbin zu berichten, auch hier mußten die in Betracht kommenden vier Kollegen anderweitig untergebracht werden. Bei dem allgemeinen Streik in Landsberg hatte u. A. auch die Möbelfabrik von Edvinsohn die allgemeinen Forderungen bewilligt. Doch die Herren hielten nicht, was sie versprochen. Es kam wieder zum Ausstand, derselbe ging dadurch zu Grunde, weil die Werkstätte von den Harmonieaposteln, genannt Hirsch-Dunder'sche Gewerkevereiner, besetzt wurde. Günstiger, zum Theil mit vollem Erfolge, verliefen die Streiks in Freientwalde, Werber (Zimmerer), Dranienburg (Werkstätte Krilger), Neubamm (Holzindustrie), Eberswalde (Werkstätte Hilges). In Freientwalde wurde ohne Arbeitsniederlegung nach Verhandlung mit den Arbeitgebern und der Innung die zehnstündige Arbeitszeit, Abschaffung von Kost und Logis beim Meister und Ausarbeitung eines Lohntarifs durchgeführt. In Dranienburg sollte die zehnstündige Arbeitszeit auf elf Stunden verlängert werden. Herr Krilger war früher selbst Bevollmächtigter der Zahlstelle gewesen. Nach Rücksprache blieb es bei der alten Arbeitszeit. Die Zimmerer in Werber hatten die günstige Gelegenheit benutzt und ihren Stundenlohn ohne größeren Kampf erhöht. In Neubamm wurde die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt, Lohnarbeit wurde nach dem Durchschnitt der Löhne bezahlt, welches früher nicht bestand. Bei Hilges, Möbelfabrik in Eberswalde, waren die Kollegen in den Ausstand getreten. Der Meister vereinbarte mit dem Vertreter des Gauvorstandes einen Tarif, nach welchem dann gearbeitet wurde. Allerdings stellte er zwei Kollegen nicht mehr ein. Rassenrevisionen wurden in Eberswalde, Freientwalde, Landsberg a. W., Senftenberg und Treuenbriezen vorgenommen.

Der Rassenbestand vom ersten Halbjahr 1899 ist folgender:

Einnahme:

Rassenbestand vom vorigen Halbjahr	M. 368,76
Beiträge aus der Hauptkasse	1870,05
Freiwillige Beiträge der Zahlstellen	5,50
Sonstige Einnahmen	39,—
Summa	M. 2283,31

Ausgabe:

Diäten und Fahrgebeln an Referenten	M. 993,30
für sonstige Reisen	230,70
Drucksachen und Inserate	698,85
Porto und Schreibmaterial	20,55
Persönliche Verwaltungskosten	20,—
Sonstige Ausgaben	102,—
M. 2060,40	
Rassenbestand für das nächste Halbjahr	M. 222,91
Summa	M. 2283,31

Obige Abrechnung ist von den Revisoren Post, Koblenzer und Hasselow geprüft und für richtig befunden.

Kollegen! Laut Beschluß des vorjährigen Goutages findet auch in diesem Jahre zu Weihnachten ein Goutag statt. Etwaige Anträge, die dem Goutag unterbreitet werden sollen, müssen in den Mitgliederversammlungen vorherathen werden. Namentlich muß der Ernst und die Schaffensfreudigkeit in die Versammlungen wieder mehr eingehen und persönliche Zwistigkeiten im Interesse des Gedeihens unserer Organisation vermieden werden.

Also, Kollegen, thut eure Schuldigkeit, agitirt, werbt neue Kämpfer, denn groß ist noch das Feld, welches zu bearbeiten ist, groß die Zahl der Feinde, die uns gegenüber stehen. Vorwärts also, zu Kampf und Sieg!

Mit kollegialischem Gruß
F. A.: Franz Stufche,
Berlin NO, Olliverstraße 20.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Spilgen. Am Samstag, den 7. Oktober, fand eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in welcher Kollege Leipart über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung referirte. Redner führte Eingangs seines Vortrags an, daß es nicht die Bestrebungen des Verbandes sind, Streikvereine zu gründen, und widerlegte in seinem 1 1/2 stündigen Vortrage die gegen die Arbeitslosenunterstützung in der Regel vorgebrachten Argumente (welche in der „Holzarbeiter-Zeitung“ schon sehr oft zu lesen waren), und zum Beweise, daß die Meinung, es würde dadurch den Organisationen der Kampfcharakter genommen, falsch sei, verwies er auf den Buchdrucker- und Bildhauerverband, welche doch auch ganz bestimmt Kampforganisationen seien. Ferner verwies Redner auf unsere Statistik von 1893 und 1898, worin ausführlich nachgewiesen werden könne, daß bei einer Beitragserhöhung von 10 % pro Woche die Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden kann. Daß es möglich sei, die 10 % mehr aufzubringen, sei außer allem Zweifel. Daß es in den kleinen Städten keine Arbeitslosen gebe, sei ein falscher Einwand, da doch die Industrie auch auf dem Lande sehr ausgebehnt ist. In der Diskussion sprachen sechs Redner gegen und zwei Redner für die Einführung. Die Gegner führten zum Bewahren des Referenten wieder die von ihm widerlegten Schlagwörter an. Die Mehrzahl jedoch sprach sich dahin aus, daß, wenn der nächste Verbandstag den Beschluß faßte, es selbstverständlich sei, sich zu fügen. Hiermit war dieser Punkt erledigt. Ferner möchten wir noch erwähnen, daß die hiesige Mitgliederzahl sich im letzten Halbjahr nahezu verdoppelt hat. In fünf kleineren Geschäften mit zirka 30 Arbeitern (zum größten Theil organisiert) ist auf Anregung der Loketieren die 10 stündige Arbeitszeit eingeführt und das Kost- und Logiswesen beim Meister, wo solches noch

Wahnt, abgeschafft worden. Desgleichen kann aber auch das Gegenheil von einem anderen Geschäft berichtet werden. Bei der Firma Jäger & Söhne, wo in voriger Woche 10 bis 12 Arbeiter ebenfalls die Einführung der 10 stündigen Arbeitszeit verlangten, wurde dieselbe rundweg verweigert. Von diesen Kollegen ist Erwin im Verband, ob sie nun wissen, was sie zu thun haben? Die Zukunft wird es lehren. Wir wünschen nur noch, daß die organisierten Holzarbeiter von Schlesien und Umgebung so weiter agieren für den Verband, der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Wortja. Seit dem vorigen Jahre hat unsere Zahlstelle erfreulicher Weise an Mitgliedern fortwährend zugenommen; ihre Zahl beträgt jetzt 128. Es wäre nur dringend zu wünschen, daß dieselben zahlreicher in der Versammlung erscheinen möchten. Es steht wirklich so aus, als ob die Lohnbewegung spurlos an ihnen vorüber gegangen wäre, und sie gänzlich wählten, daß eine Organisation nicht nur wegen der Streiks besteht, sondern auch zu dem Zweck, Bildung und Aufklärung unter den jüngeren Mitgliedern zu verbreiten. Die Ertragsleistungen der letzten Lohnbewegung, welche in einem Arbeitsvertrag ausgearbeitet und gedruckt jedem Mitgliede ausgehändigt sind, werden in jeder Weise hochgehalten, und wir haben keinen Anlaß, uns über unsere werthe Werkerschaft zu beklagen; wenn auch dann und wann einmal gekläfft wird, deshalb lassen wir uns nicht von unserer Sache abbringen. Ein Fall jedoch soll an dieser Stelle erwähnt werden. In der Fabrik von Ehrig & Duval arbeitet seit 1 1/2 Jahren der Polsterer Bräun aus Strichberg, derselbe, welcher während unserer Streikbewegung im vorigen Jahre als Arbeitswilderer und Staatssträfer sich die Achtung seines Pringtpals eroberte. Das Letztere ist nun für einen Mann, der den Befähigungsnachweis von allem Möglichen erbringen kann, nicht so schwer, künftmalen die Arbeitgeber ja großes Gewicht darauf legen, wenn sie über die Interna ihrer Gesellen, über deren Vortritt resp. Gewerkschaftszugehörigkeit und über etwaige Schritte gegen sie immer auf dem Laufenden erhalten werden. Wenn nun so ein Mensch, der sonst als kleiner Krauter seinen Beruf versteht hat, die Bedürfnisse seines Arbeitgebers zu rechter Zeit errathen oder riechen kann, ist das doch gewiß ein großes Talent, und solch ein Talent darf nicht zu Grunde gehen. Wenn die weniger talentvollen Mitarbeiter eines solchen Mannes sich auch alle Mühe geben, ihm nahe zu legen, daß er in solche Gesellschaft nicht paßt, so kommt doch immer wieder der Egoismus der Arbeitgeber zum Ausdruck, denn sie können solch eine bewährte Kraft nicht entbehren. Sind die Leistungen in dem Nebengewerbe eines solchen Arbeitermenschen auch nur sehr unbedeutend, macht nichts, A. 24 sind sie doch werth für den Arbeitgeber. Leute, die trotz fleißiger, brauchbarer Arbeit immer noch einen großen Mißstand beibehalten haben und für ihre Ueberzeugung offen und ehrlich eingetreten sind, Jahre lang für den wachsenden Profit der Unternehmer gearbeitet haben, konnten in der Achtung ihres Arbeitgebers nicht höher als auf A. 21 pro Woche eingeschätzt werden. Das ist ja nun einmal so der Welt Lauf; es wird aber nicht immer so bleiben. Die Kollegen-schaft, soweit sie sich zu den Aufrechten, ehrlich Denkenden und Handelnden zählt, wird solchen widerlichen Kreaturen, wie sich solche leider, Laub der Holzadowsky'schen Fürsorge, in letzter Zeit häufiger gezeigt haben, mit aller Energie begegnen und sie lohnen, wie es solchen Arbeiterverräthern gebührt, nämlich mit unbegrenzter - Hochachtung.

Wolfsenbüttel. Kollege Zeimer aus Hammober sprach hier über: „Arbeiter- und Unternehmerverbände“ in wirkungsvoller Weise, am Schluß zu reger Organisation auffordern.

Ein Hülfseruf unserer Kollegen aus Posen.

In Posen selbst begehrt die Zahlstelle des Holzarbeiter-Verbandes in diesen Tagen den Jahrestag ihrer Gründung, und wahrlich, sie kann sich ihr Haupt erheben. Mit 6 Mitgliedern fing die Zahlstelle an, hatte zum Schluß des dritten Quartals 100 überzähligen und kann jetzt auf die Zahl von 120 Mitgliedern blicken. Nun müssen wir den Kollegen Albeufschlands einmal die Lage unserer Verhältnisse vorführen. In dem ganzen Zeitraum haben wir nur einmal eine Mitgliederversammlung abhalten können, für 14 Tage war ein Vereinslokal gefunden. An Lokalabtheilungen wird hier das Unmögliche geleistet. Die Wirthe kommen ja auch den Arbeitern entgegen, aber hat mal eine Versammlung stattgefunden, dann klagt der Lokalinhaber sein Leid: „Der Polizeikommissar hat mir in meinem eigenen Interesse gerathen, meinen Saal für die Zukunft nicht herzugeben; das Militär wird mir entzogen, die Polizeistunde eingeschränkt oder beim geringsten Anlaß der Schanfonien entzogen; so gern ich sehe, daß Sie bei mir verkehren, habe ich lieber meine Räume leer stehen, als daß ich mich mit der Polizei überlasse.“ Selbst das Versprechen, daß durchaus kein Schaden zu erwarten sei, indem doch mindestens 14-16 Vereine für die Zukunft dort verkehren werden, macht keinen Lokalinhaber entgegenkommender. Um in Zukunft dem Uebelstand zu steuern, haben die Arbeiter einen Kaufensd geschossen; seit August sind Marken ausgegeben, und bis jetzt A. 100 zinstragend angelegt. Es ist aber noch wichtiger, daß allenthalber die Beihilfungen eine noch bessere wird; 20 Pfg. muß ein Jeder monatlich opfern können, damit wir das aus eigener Kraft schaffen, was uns von den Arbeiterfreunden vorenthalten wird: ein Eckall!

In der Provinz bestehen noch Zahlstellen in Bromberg und Ratowitz. Einzelmiglieder in Ostrowo, Schönauke und Kolmar; hoffentlich gelingt es den Letzteren, auch bald Zahlstellen zu gründen, damit der Aranz der Organisation immer größer wird. Ohne feste Organisation werden die streikenden Mißstände nicht beseitigt werden können. In der Möbelerbranche sind Löhne von A. 12-14 an der Tagesordnung, A. 15 gilt als der höchste Lohn. Durch die gute Bauperiode ist es den Bauhülfern gelungen, den Lohn auf A. 21 zu bringen. Im Afford sind Löhne von A. 24-26 erzielt worden, die Betreffenden haben aber „Schrauben“ müssen. In den kleineren Städten wird die Arbeitszeit bis in's Unendliche ausgedehnt, somit ist 11-12stündige Arbeitszeit. Ja, es liegt noch ein großes Arbeitsfeld vor uns. Wir dürfen bei der jetzigen Mitgliederzahl nicht stehen bleiben; wollen wir bessere Verhältnisse schaffen, so müssen wir in Posen die Mitgliederzahl noch verdreifachen. Die Dreckseller haben sich in letzter Zeit auch getraut und gehören jetzt 80 Prozent der aus drei arbeitenden Kollegen dem Verbannde an, der Rest muß auch noch gewonnen werden. Zeimer darf sehen, auch die alten und kranken Kollegen nicht.

Nun haben wir unsere deutschen Brüder etwas Anderes begehrt, wo sie sich beklagen können, damit wir die Bestehen in unserm Streik, den Verband und überhaupt die soziale Arbeiterbewegung in den nächsten Winkeln der Provinz tragen können. Das hat hier organisierten Arbeitern sind 20 Pro-

zent Polen, diesen fehlt es an dem geistlichen Bindemittel für den Verband. Ihr werdet uns auf die „Holzarbeiter-Zeitung“ verweisen, aber Ihr müßt berücksichtigen, daß ein Theil unserer Kollegen schlecht, ein anderer überhaupt nicht deutsch spricht. Da macht sich eine Lücke in der Gewerkschaftsbewegung bemerkbar, die unbedingt ausgefüllt werden muß. Gilt es doch nicht allein, die Arbeiter, die für die Organisation gewonnen sind, für den Kampf zu erziehen, sondern auch die Fernstehenden noch zu gewinnen. Es kann dies selbstverständlich nicht allein Aufgabe des Holzarbeiter-Verbandes sein, sondern dafür müssen sämtliche Organisationen sich interessieren. Die Generalkommission hat das Bedürfnis auf dem letzten Gewerkschaftskongresse bereits anerkannt, daß für die Aufklärung in Oberschlesien mehr noch geschehen muß, und daß periodische Flugblätter nicht ausreichen und auch zu kostspielig sind.

Die Generalkommission hat sich ja in hervorragender Weise betätigt und in den östlichen Provinzen die verschiedensten Agitationskommissionen geschaffen. In Oberschlesien das Arbeitersekretariat, welches dort gewiß bahnbrechend für unsere Bewegung gewesen ist. Fälle man jetzt die Mühe aus und gebe Polen die polnische Zeitung, die gleichzeitig allen Berufen dienen kann, mit deren Hilfe wir für die Zukunft solche Vorfälle, wie in Gierne, unmöglich machen können. Können wir mit der Aufklärung hier im dunklen Theile des Reiches beginnen, dann werden mit der Zeit die Lohnrücker aus der Provinz verschwinden; wir können den hiesigen Arbeitern zeigen, wie es möglich ist, im Vaterlande selbst bessere Zustände zu schaffen. Es ist gewiß ein enormes Opfer, das wir fordern, aber in anderen Gegenden des Reiches ist auch nicht Alles aus eigener Kraft erkanden. Wir haben hier kein Versammlungslokal, können auch nicht so oft Flugblätter ausgeben, um Aufklärung zu schaffen. Die gegenwärtigen Zeitungen, darunter auch die literarisch-politischen, ziehen über unsere Führer und über unsere Sache her, wir können ihnen nicht entgegenreten, wir können den Kampf nicht mit ihnen aufnehmen, weil wir keine Waffe haben; sie wissen Alle, welche werthvolle Dienste ihnen die Presse leistet. Wohlan, geht auch solch ein geistiges Schwert in die Hand, damit wir Schulter an Schulter mit Euch kämpfen können. Wir fordern es nicht unbedingt, aber wir halten es für besser, daß wir die Redaktion hier haben. Der hiesige Fabrikinspektor schreibt in seinem neuesten Berichte ebenfalls die traurigen Zustände und beklagt sich über den Mangel an Vertrauen zu ihm, daß die Sprechstunden nicht besucht werden. Uns ist es ganz begrifflich, daß die Arbeiter kein Vertrauen haben. Bei der geringsten geistigen Anregung unter den Arbeitern sind die Unternehmer mit der Maßregelung bei der Hand, die Hungerpreise wird bei der kleinsten Forderung auf Abstellung eines Mißstandes geschwungen. Der Fabrikinspektor redet von den mangelhaften Einrichtungen in den Betrieben; wir sieht es aber erst bei den Handwerkern aus, namentlich bei Schuhmachern und Schneidern? Das tiefste Elend in den Weberdistrikten ist nicht schlimmer, als hier bei dem Handwerk. Da frage Einer einmal, ob die Leute überhaupt von der Existenz eines Fabrikinspektors etwas wissen, und dann gar Vertrauen zu einer hiesigen Behörde fassen? Das Vertrauen ist leider eben abhanden gekommen.

Allerdings, wenn es gilt, in der Offenlichkeit, z. B. auf dem Stadttage, zu erscheinen, da sind die Herren Stadträte und Bürgermeister anwesend und sprechen von der Hebung der Kultur im Osten, den Handwerkern sollen billige Vorträge gehalten werden - aber von dem Arbeiter wird nicht gesprochen, der soll in der Dummheit erhalten werden, damit er ein williges Ausbeutungsojekt bleibt. Warum giebt man uns die Lokale nicht frei? Wer sind Die, die dem Arbeiter das Versammlungsrecht rauben? Was nutzen uns die schönen Resolutionen? Aber eines ist doch gut, man hat die Mißwirtschaft in den Schulen anerkennen müssen! Aber in den Arbeiterkreisen geht das Vertrauen zu dem ehrlichen Willen der Behörden immer mehr verloren. Wie sollte es angesichts der Thatfachen auch anders sein? Für die Arbeiter errichtet man an jeder Straßenecke eine Schnapsdestille - das sollen die Gymnasien für das Volk sein. Kollegen, meidet diese Lokale!

An die Arbeiter, und vornehmlich hier an die Holzarbeiter in der Provinz, ergeht die Mahnung: Lacht nicht ab von der Agitation von Mund zu Mund, von Werkstatt zu Werkstatt, und wir werden, wir müssen bessere Zustände herbeiführen; unseren Segnungen müssen wir zeigen, daß wir lange genug die Ausbeuteten gewesen sind. Hoch der Verband!

Aus den Berufen der Holzbranche.

Eine Tischler-Zwangsinnung ist nun auch für die Stadt Oldenburg (Großhth.) gebildet, der die Gemeindevorsten und Opmisiedt zugehört sind. Vom 1. November ab haben Alle, die das Tischlerhandwerk in genannten Gemeinden selbstständig betreiben und in der Regel Gesellen und Lehrlinge beschäftigen, der Zwangsinnung anzugehören.

Die Tischlerinnung in Oshatz beschloß die Gründung einer Einkaufsgenossenschaft. Sie will sämtliche Rohprodukte für die Mitglieder gemeinschaftlich einkaufen. Da die Zwangsinnung den Handwerkern nichts bieten kann, kommen die vielschmähigen Einkaufsgenossenschaften wieder zu Ehren.

In der „Musikinstrumenten-Zeitung“ steht folgende Notiz:

In der Musikwaarenbranche des sächsisch-böhmischen Grenzbezirkes macht sich unter den Arbeitern eine starke Bewegung zur Aufbesserung der allerdings ziemlich dürftigen Arbeitslöhne bemerkbar. Die Arbeiter hoffen auf Erfolg einer Bittschrift, würden aber eventuell in den Streik eintreten.

Hoffentlich kommt es zu einem solchen nicht; denn wenn schon zugegeben wird, daß die Arbeitslöhne allerdings ziemlich dürftig sind, dann wäre es geradezu eine Schande, wenn man den so schlecht bezahlten Arbeitern nicht entgegen kommen wollte, um so mehr, als sie sich vorerst nicht mit einer Forderung, sondern mit einer „Bittschrift“ an die Arbeitgeber wandten.

Der gegenwärtige Stand des Streiks der Firma Adler-Musikwerkfabrik in Leipzig ist nach dem Bericht der Kollegen recht ein günstiger. Es stehen gegenwärtig 71 Arbeiter im Streik, und zwar 35 Metallarbeiter, 20 Holzarbeiter und 7 Arbeiterinnen. Arbeitswillige aus dem Reich der Streikenden sind nicht zu verzeichnen. Die Herren Schlobach, Halle und Oberländer machen die größte Anstrengung, von auswärts, sowie am Orte Arbeitskräfte zu erhalten, trotzdem sie

erklärten, sie müßten ihren Betrieb einschränken wegen Ueberproduktion, brühen sich aber auch damit, daß sie Arbeiter genug in der Fabrik hätten, um die wenige Arbeit fertig zu stellen. Außerdem versucht man, von auswärtigen Arbeiter zu erhalten. Infolge der Solidarität der übrigen Kollegen Deutschlands ist dies bis jetzt nicht gelungen. Die Streikenden hoffen, daß die auswärtigen Kollegen sie auch ferner nach besten Kräften unterstützen werden.

Achtung, Klaviermacher! In den Klavierfabriken von B. Pape und F. Koch & Co. in Stuttgart sind Differenzen ausgebrochen, da die Arbeitsverhältnisse, wie sie in allen anderen Klavierfabriken hier eingeführt sind, nicht zugestanden werden wollen. Die Differenzen sind ernster Natur und es ist nicht ausgeschlossen, daß es zur Arbeitsniederlegung kommt. Den Klaviermachern seien daher die genannten Geschäfte zur besonderen Beachtung empfohlen.

In der Pianoortefabrik von L. Werner in Wetzlar sind Differenzen ausgebrochen. Herr Werner müßte keinen Arbeitern zu Streikbrecherdienste für die Bochmann'schen Musikwerke A.-G. in Leipzig-Gohlis zu verrichten, indem dieselben Automatenstränge für betreffende Firma anfertigen sollen. Selbstverständlich lehnten die dort beschäftigten Kollegen das Anstehen ab. Eine Unterhandlung in dieser Angelegenheit mit Herrn Werner verlief resultatlos. Herr Werner erklärte der Kommission gegenüber, daß es keinen Arbeitern gleich sein könnte, welche Arbeiten sie anfertigten, wenn sie nur ihr Geld dafür bekämen. Die dort beschäftigten Kollegen sind jedoch anderer Ansicht und werden, wenn sich Herr Werner nicht eines Besseren bekennt, am Montag, den 28. Oktober, die Arbeit niederlegen, da sie nicht gewillt sind, ihren Leipziger Kollegen in den Rücken zu fallen. Da Herr Werner fortgesetzt auf der Suche nach Arbeitern ist, werden die Kollegen hierdurch gewarnt, auf die Insinuationen einzugehen. Zugug ist strengstens fern zu halten.

Arbeitsverhältnisse der Stuhlarbeiter in Rabenau und Gainsberg. In einer Mitgliederversammlung am 19. Oktober wurde mitgeteilt, daß die Firma Star niedrigerer Akkordpreise zahlte als die übrigen Geschäfte. Die Kollegen stellten eine neue Preisliste auf und erreichten infolge ihrer Einigkeit, daß Herr Star die Preise zum größten Theile als für sich bindend anerkannte. Auch führte er die achtstägige (früher 14stägige) Lohnzahlung ein.

Gefragt wurde über Mißstände in der Sophafabrik Specht & Mühl. Sonnabends schreiben die Arbeiter den Preis für die von ihnen gefertigte Arbeit mit viel in ihr Lohnbuch. Dann kommt Frau Geber, die das Reglement führt, her, raubt die Preise aus und trägt mit Lüge ein, was ihr für die Arbeit selbst dünkt. Glaspapier und Nägel müssen sich die Arbeiter selbst halten und zu einem theureren Preise, als dem ortsüblichen, von der Firma kaufen. (Das ist ungesetzlich; machen Sie davon unter Gegenüberstellung der Preise an kompetenter Stelle Anzeige. Die Red.) Auch nicht wenige vorhanden. Daß Alles das ungünstig auf den Arbeitsprozeß und den Lohn einwirkt, ist selbstverständlich. A. 16-17 verdienen nur einzelne Generalschrauber, die anderen Arbeiter zwischen A. 10 und 15. Würden die Kollegen aber organisiert sein, ließe sich ohne viele Umstände Manches ändern. Möchten sie das bald einsehen!

Die Lohnbewegung der Arbeiter an Holzbearbeitungsmaschinen in Berlin und der Hinweis, daß die Fabrikanten niemals freiwillig die Löhne ihrer Arbeiter aufbessern usw. und daher sich jeder Kollege bemüht werden müsse, was „die Macht der Organisation bedeute“, giebt der „Musikinstrumenten-Zeitung“ Veranlassung zu folgendem Mahnruf und Strohfeuer: „Für die Fabrikanten mag dies als Beweis dienen, wie notwendig auch ihnen ein enges Zusammenhalten und ein gemeinsames Handeln ist. Die Zustände werden sonst immer unheilbarer. Auf der einen Seite immer höher gehende Materialpreise, auf der anderen Seite größere Lohnforderungen bei verkürzter Arbeitszeit. Wo soll das noch hinaus? Die Arbeiter haben gewiß nichts dagegen, wenn sich auch die Fabrikanten organisieren; sie sollten dann aber auch die Organisation der Arbeiter als gleichberechtigt behandeln und mit deren Vertrauensleuten über fristige Angelegenheiten Verhandlungen pflegen und nicht immer den „Gern im Hause“ hervorkehren. Wir wissen aus eigener Kenntnis, daß die Arbeiter gern zu Unterhandlungen bereit sind, und wenn auch nur annähernd ihren Forderungen entsprochen wird, sie lieber auf einen Streik verzichten. Wie sieht es aber mit diesem Entgegenkommen häufig aus? Ein Blick nach Leipzig (Bochmann'sche Musikwerke) kann die berechtigte „Musikinstrumenten-Zeitung“ belehren, daß dort mehr die Wuchfrage der Unternehmer als jegliche Reigung zur Einigung mit den Arbeitern vorhanden ist.“

Firma Manz & Gerstenberger in Frankfurt a. d. O. befindet sich mit ihren Arbeitern in Differenzen. Die Kollegen Böhmens und Oesterreichs werden gebeten, dies zu beachten und keinen Verlockungen der Firma zu folgen. Zugug ist streng fern zu halten.

Der Streik der Korbmacher bei der Firma Heitmann in Hamburg ist beendet. Heitmann hat die Forderungen bewilligt.

Der Streik bei der Firma Rosenfeld, Pinselfabrik in Nürnberg, dauert unverändert fort. Die Situation hat sich nun wesentlich zu Gunsten der Streikenden verschoben, indem die große Hälfte des ausständigen Personals in Konkurrenzbetrieben untergebracht werden konnte. Auch unter den wenigen Arbeitswilligen in der Fabrik ist eine ganz gehörige Uneinigkeit eingetreten. Drei Arbeitswillige, nicht aus den Reihen der Streikenden, sind diese Woche zu verzeichnen. Der Vorkensjurist Ems, früherer Schriftführer der Nürnberger Sektion der Pinselmacher, dann der Jurist Schneider und der Pinselmacher Pingner, Letzterer erst aus Amerika zurückgekehrt, sind ihren Kollegen und Kolleginnen in den Rücken gefallen. Trotz dieser für uns wenig belanglosen Vorkommnisse wird die Reputation des Herrn Rosenfeld täglich erwartet. Ausführender Bericht folgt. Zugug von Fürstenmachern, Porzellanjuristern, Vorsten- und Haarpinselmachern nach der Fabrik ist streng fern zu halten.

Bereinigte Pinselfabriken in Nürnberg. Der Aufsichtsrath der Aktiengesellschaft hat in seiner Sitzung beschlossen, der am 21. Oktober stattfindenden Generalversammlung die Vertheilung einer Dividende von 11 pSt. (1897/98: 10 pSt.) für das Geschäftsjahr 1898/99 in Vorschlag zu bringen. Der erzielte Gewinn beläuft sich, inklusive Saldo des Vorjahres von M. 26 506 (1897/98 M. 23 749), auf M. 610 773 (1897/98 M. 570 449), zu welchem Betrag noch ein außerordentlicher, durch den Verkauf überschüssiger Vauterrains realisirter Gewinn von M. 148 365 hinzutritt, so daß im Ganzen M. 759 138 zur Verfügung stehen. Nach Abzug von Abschreibungen auf Immobilien, Maschinen, Utensilien und Patente, sowie der statutarischen Contingenzen, nach Dotirung des Arbeiterfonds, des gesetzlichen und des außerordentlichen Reservefonds und der Reserve für Gebührendäquivalent auf Immobilien im Betrage von zusammen M. 203 284, ferner nach Zuweisung des Betrages von M. 72 372 an den gesetzlichen Reservefonds, um denselben auf 10 pSt. des Aktienkapitals (die gesetzliche Höhe) = M. 375 000 zu kompletieren, schließlich nach M. 50 000 zur Errichtung eines Spezial-Reservefonds, verbleiben M. 433 482 (1897/98 M. 401 506), wovon M. 412 500 zur Vertheilung gelangen und restliche M. 20 982 auf neue Rechnung vorgetragen werden sollen.

Nach Abzug reichlicher Abschreibungen und Dotirung der verschiedenen gesetzlichen, außerordentlichen Reserve- und anderer Fonds blieb noch ein zur Vertheilung gelangender Reingewinn von 412 500 Mark? Wie hoch wohl die Dotirung des Arbeiterfonds gewesen sein mag? War der Betrag, den man für ihn auswarf, so gering, daß man sich schämt, ihn zu nennen?

Was Arbeiterhände zusammenbringen, und was Arbeitergebuld und Arbeiterbedürfnislosigkeit vermögen, beweisen die obigen Zahlen. Ob sie es begreifen, die deutschen Würtsten- und Pinselmacher? Eine Minderheit wohl, die große Mehrheit dieser Berufsarbeiter arbeitet und hungert, kummert sich aber um die Ertragnisse ihrer Arbeit, um den Gewinn, den sie erarbeitet, aber Anderen in den Schooß fällt, nicht. Viel bleibt da noch zu thun, um die Würtsten- und Pinselmacher zu der Einsicht zu bringen, daß sie zwar Arbeiter, aber Menschen und keine Arbeitsthiere sind.

Das nennt man ein Geschäft! Die Holzindustrie Ab. Maagen, Aktiengesellschaft, Duisburg, hat im letzten Geschäftsjahre einen Betriebsgewinn von M. 509 790 eingeleistet. Nach Abzug von M. 53 225 Abschreibungen und M. 8901 zweifelhaften Forderungen verblieb ein Reingewinn von M. 210 966, davon sind M. 10 548 den Reservefonds zugeführt, M. 36 888 als Contingenten an Aufsichtsräte und Beamte vertheilt und M. 160 000 haben die Aktionäre eingestrichelt, M. 4784 sind auf neue Rechnung vorgetragen. Die auf dem Werte versuchsweise angelegte mechanische Tischlerei hat sich gut bewährt und die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr sind günstig, so daß wieder ein zufriedenstellendes Resultat erhofft werden kann. So steht dem Sinne nach in dem Geschäftsbericht. Die Löhne der Tischler sind, soweit wir unterrichtet sind, nur recht mäßige, und angesichts des großen Gewinnes, den sie mit erarbeitet haben, wäre eine Aufbesserung zu erhoffen. Oder ist es vielleicht schon geschehen und man unterließ nur die Mittheilung an uns? U. A. w. g.!

Gleichfalls 8 Prozent Dividende zahlte die Schleifische Holzindustrie-Gesellschaft, vorm. Kujawow & Schmidt in Langensöld. Der Reingewinn des letzten Geschäftsjahres betrug M. 119 210, der wie folgt Verwendung findet: M. 6000 an den Reservefonds, M. 9294 an Vorstand und Beamte, M. 8847 an den Aufsichtsrath, M. 5400 Gratifikationen an Beamte und Arbeiter, M. 8000 an den außerordentlichen Reservefonds, M. 80 000 zu 8 pSt. Dividende an die Aktionäre und M. 3868 für neue Rechnung. Trotz der von der Firma im vorigen Jahre freiwillig zugestandenen kürzeren Arbeitszeit ist ein sehr respectable Gewinn herausgeschlagen worden, und damit jedenfalls der Beweis erbracht, daß die Geschäfte nicht bei der kurzen Arbeitszeit zu Grunde gehen.

Die Neunstundenbewegung der Tischler in Wien macht weitere Fortschritte. Eine ganze Reihe Kleinmeister, die bisher elf Stunden arbeiten ließen, erbieten sich freiwillig, die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen. Darauf gehen die Kollegen aber nicht ein, schon um deswillen nicht, weil die Situation für sie durchaus günstig ist. Mehrere Firmen haben bereits die neunstündige Arbeitszeit eingeführt; andere werden folgen. Bezug von Bau- und Möbelschlechtern nach Wien ist streng fern zu halten.

Briefkasten.

* Wer kann uns eine Fabrik nennen, die Wickschächeln liefert? **Geckhacht, F. S.** Ein Bericht über eine am 8. Oktober abgehaltene Versammlung konnte jedenfalls so früh abgesandt werden, daß er am 17. Oktober Vormittags bei uns eintraf. War also zu spät und damit hinrächtig geworden. Schicken Sie nur den vom 22. Oktober früher ein.

Schwelm, A. Kam gleichfalls zu spät. Geht auch wohl ohne dem. **Gotha, S.** Wir glauben nicht, daß der beabsichtigte Zweck erreicht wird durch Provozierung einer Verleumdungsklage und wählen deshalb eine andere Form.

Stettin? Die allgemeinen Nebenarten haben keinen Zweck; nennen Sie die Werkstätten, um welche es sich handelt, erst dann können wir auf sie hinweisen. Wer ist denn der Einsender?

Den es angeht. Wer Bistiken: Basalle, Marx, Grillenberg u. s. w., sowie Biergläser mit Photographien liefert, weiß ich nicht. Silber sind bei J. Holze, Hamburg, Große Drehbahn 44, zu haben. Im Uebrigen: "Du bist verrückt, mein Kind."

S. V. "Der Holzrechner", M. 3,75, und "Bau- und Möbelschleier", M. 10,50, können Sie durch uns beziehen.

Lauburg, S. Uns augenblicklich nicht bekannt. **Sie leben.** Ist es mit der Bewerkstelligung des "faulen Zaubers" nicht auch etwas faul? Darüber müssen Sie sich schon näher äußern, sonst betrachten wir den Bericht als faulen Zauber und versenken ihn in unseren Papierkorb.

Ehlingen, S. Im Verlag von B. Fr. Voigt in Weimar. Zu beziehen durch unsere Expedition.

Düsseldorf, S. Eine sonderbare Zumuthung an die Seher. Warum sandten Sie denn nicht die betreffende Nummer der Zeitung.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(G. S. 8 in Hamburg.)

Vom 7. bis 21. Oktober gingen folgende Gelder ein: Mannheim M. 600, Hamburg II 400, Hanau 400, Offenbach 400, Würzburg II 400, Ehrenfeld 300, Hamburg IV 300, Hamburg V 300, Vorich 300, Plagwitz 300, Würzburg I 300, Grabow 296,45, Siegburg 250, Verdesgaden 200, Darmstadt 200, Düsseldorf 200, Göttingen 200, Siebichenstein 200, Griesheim 200, Heinrichsruhe 200, Kalk 200, Kleinhäuser 200, Wieschen 200, Rheingönheim 200, Weisenfeld 200, Pinneberg 180, Dessau 150, Haffelbach 150, Höchst 150, Mühlheim a. d. E. 150, Wödem 120, Soden 120, Kottbus 100, Spiegelberg 100, Erlangen 100, Peisterwitz 100, Emdenich 100, Regensburg 100, Friesenheim 100, Plantenburg a. S. 100, Salmünster 100, Stetten 100, Dauborn 80, Neubausen 80, Wödingen 80, Liegenhof 70, Wintersdorf 50, Weglar 50, Rehrenbach 50, Falkenberg 50, Kollheim 50,50, Kaltensordheim 70, Löhnitz 30, Sand 30. Summa M. 10 396,95.

Vom 7. bis 21. Oktober erhielten Zuschüsse: Dresden A M. 600, Berlin D 400, Bremen 300, Spandau 200, Buzlau 150, Halberstadt 150, Gaarden 150, Bitterfeld 150, Neustadt a. d. S. 200, Hörde 150, Kulmbach 100, Gumbinnen 100, Hemelingen 100, Fuhlgöndheim 100, Burgdorf 75, Ockfel 88, Drohzig 135,

Wetterzeube 60, Bergen 50, Strehlen 50, Theßen 50, Taubersbischofsheim 50, Mannsdorf 40. Summa M. 3498. Krankenunterstützung für Einzelmitglieder wurden von der Hauptkasse bezahlt M. 1492,28.

Oppau, Jubiläumsfond. Bitte die Quittung Nr. 85 vom 27. August nachzulesen. **L. Jacobs, Hauptkassirer.**

Schlussabrechnung

des **Verbandes der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands vom 2. Quartal 1899.**

Einnahme.

Stille	Eintrittsgeld	Beiträge	Summa	zu die Hauptkasse gelangt	Neigt Neigt
Berlin I.....	12,50	211,65	224,15	224,15	—
Berlin II.....	5,—	91,50	96,50	96,50	—
Bremen.....	12,50	231,45	243,95	243,95	—
Farge (Einzelmitgl.)...	—	3,60	3,60	3,60	—
Hamburg.....	3,—	58,50	61,50	61,50	—
Hafstedt.....	1,50	38,10	39,60	39,60	—
Stettin.....	1,50	17,18	18,68	18,68	4,40
Wandsb.	—	38,95	38,95	38,95	—
Summa M.	35,—	688,93	723,93	719,58	4,40

Beiträge und Eintrittsgeld M. 719,58
 Cassenbestand der aufgelösten Filiale Königsberg .. " 59,76
 Farge..... " 11,65
 Für den Verbandschranz " 3,—
 Zinsen für 1899 " 62,25
 Sonstige Einnahme..... " 1,50
 Bestand vom 1. Quartal 1899 " 4847,82
 Summa M. 5205,51

Ausgabe.

Für Streiks (unsere Gewerkschaft) Berlin..... M. 42,50
 (andere Gewerksch.) Krefeld u. Drünn " 357,50
 " Anzageperrte, Berlin..... " 360,—
 " Gemahregelte..... " 80,—
 " die 7. Generalversamml. am 2. u. 3. April 1899 in Hamburg, Fahrgehl., Diäten u. Arbeitsverhältniß..... " 392,20
 " Ausarbeitung des Protokolls derselben..... " 8,—
 " 1250 Protokolle derselben..... " 60,—
 " den Ausschuß in Berlin..... " 2,20
 " die Rechtsauskommission in Berlin..... " 75,—
 " Delegation zum Gewerkschaftskongress..... " 108,80
 " die Generalkommission (Quartalsbeitrag)..... " 18,60
 " Verbandsmaterial..... " 5,14
 " Abonnement der „Holzarbeiter-Zeitung“..... " 10,—
 " Revision des 1. und 2. Quartals..... " 1,50
 " Honorar des Vorstandes..... " 81,20
 " Porto und Bestellgeld..... " 14,48
 Summa M. 1487,87

Bilanz.

Einnahme..... M. 5205,51
 Ausgabe..... " 1487,87
 Bestand M. 3717,64

Diese Summe ist in die Hauptkasse des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes überführt worden.

Dresden, im Oktober 1899.
E. Sieglar, Fr. Tande, Revisoren.

Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 A.)

Braunschweig. Sektion der Stellmacher. Sonnabend, d. 4. November, Abends 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Berder 52.

Charlottenburg. Montag, 30. Oktober, Abends 8½ Uhr, bei Leder, Dismarckstr. 74.

Süden. Sonntag, den 29. Oktober, Nachmittags 9 Uhr, im „Paradies“.

Düsseldorf. Dienstag, den 31. Oktober, im Lokale des Herrn Vorges, Schützenstraße.

Eberfeld. Am Montag, den 30. Oktober, Abends 9 Uhr, in der „Zentralherberge“, Str. Hauptbahn 26.

Helmstedt. Mittwoch, den 1. November, im „Lindenhof“.

Schöneberg. Donnerstag, d. 2. November, bei Obf., Brunenwaldstr. 110.

Anzeigen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Postkasseler. Herrmannem Herrn. Meß, Tischler, Bräudenstr. 8. Alle Sendungen sind an diese Adresse zu richten. Dasselbe wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt.

Braunschweig. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich unsere Herberge und Arbeitsnachweis, verbunden mit Auszahlung der Reiseunterstützung, sowie die Sektion der Stellmacher seit dem 1. Oktober nur in der Zentralherberge „Gewerkschaftshaus“, Berder 52, befinden, und bitten wir alle Kollegen, nur dort zu verkehren.
 Die Ortsverwaltung.

Hann. Bevollm. Oskar Menzel, Eulensstraße 4. Kassirer **Wilhelm v. Spiegel,** Klosterstr. 6.

Barel. Bevollm. **Georg Ruch,** Langestraße 40. Kassirer **Johann Dülter,** Pelzerstraße 15. Reiseunterstützung und Herberge: Langestr. 40.

Berlin. Bevollm. **Robert Häbster,** Breitestein 4. Kassirer **Mag. Hannemann,** Fuhstr. 10. Reiseunterstützung wird Mittags von 12—1 und Abends von 7—8 Uhr beim Kassirer ausbezahlt. Herberge und Arbeitsnachweis: Restaurant zum „Fisch Blücher“, Wegeberg 6.

Warnung.

Das Mitgliedsbuch des Kollegen **Richard Clemens Weber** aus Böhlingen, geboren 22. 8. 74, Buch-Nr. 28 906, eingetr. 17. 9. 98 in Oranienburg, ist am 18. d. M. auf der Herberge entwendet worden und warnen wir Verwaltungsbeamte vor Mißbrauch desselben.
J. Hartmann, Kassirer, Bremen.

Das frühere Verbandsmitglied **Wilhelm Othermann** hat mehrere ihm anvertraute Sammellisten mitgenommen. Die Kassirer werden dringend vor ihm gewarnt.
 Die Ortsverwaltung **Sierlohn**

Aufforderung.

Das Mitglied **Gustav Leuhinger** aus Braunschweig, Buch-Nr. 198 980, ist von Kassel abgereist und hat eine Sammelliste vom Stuttgarter Streik mitgenommen. Kollegen, welche Kenntnis von dem Aufenthalt des Betreffenden haben, werden ersucht, uns die Adresse mitzutheilen.
 Die Ortsverwaltung **Kassel.**
A. Deitmering, Bevollm., Hauptstr. 18, 4. Et.

Aufforderung.

Der Korbmacher **Paul Sieler,** Buch-Nr. 147 430, wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen der hiesigen Verwaltungsstelle gegenüber sofort nachzukommen.
Paul Dieze, Kassirer, Gröpelingen.

Sterbetafel
 des
Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Wilhelm Kurat, Tischler, geb. 12. Februar 1878 zu Kalken, gest. 7. Oktober zu Bremerhaven.
Franz Birnbaum, Drechsler, gest. 29. September 1899 an der Proletarierkrankheit zu Trebbin, Str. Leltow.
August Trebbin, gest. 16. Oktbr. 1899 an Blinddarmentzündung zu Trebbin, Str. Leltow.
 Ihre ihrem Andenken!
 Die Ortsverwaltungen.

Ludwig Kessel, Bauischler, aus Frankenthal (Pfalz), soll sofort seine Adresse angeben wegen Erbschaftsangelegenheiten an
K. Kessel, Flaschenbierhandlung, Frankenthal.

Um die Adresse des Tischlers **Bernhard Blass,** wohnhaft 1890/91 in Hamburg, wird freundlich gebeten.
H. Wahn, Schöningen (Dr.), Mühlengr. 2.

Schreiner **Franz Plawer** wird ersucht, seine Adresse an seine Mutter, **Wm. C. Plawer, Leer (Ostfriesland),** zu senden.

Kollegen und Verwaltungsbeamte, welche den Aufenthalt des Tischlers **Eduard Fröndenberg,** geb. den 28. August 1860 zu Lausnitz bei Könnigsbrück i. S., wissen, werden ersucht, an seinen unterzeichneten Schwager Nachricht gelangen zu lassen. Er hat seit 14 Jahren nichts mehr von sich hören lassen. Es sind Erbschaftsangelegenheiten zu regeln. Porto wird vergütet.
Robert Teichmann,
 Vorsitzender des sozial-demokrat. Vereins, Birna a. d. Elbe, Födergasse.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Kassel.
 Sonnabend, den 4. November, im Lokale „Unter Post“:
Stiftungsfest,
 verbunden mit
 Abendunterhaltung und nachfolgendem Tanz.
 Anfang Abends 8 Uhr.
 Eintritt 30 A, eine Dame frei, jede weitere Dame 10 A.
 Die Kollegen der umliegenden Orte sind hierzu freundlich eingeladen. Das Comité.

Ein tüchtiger Werkführer
 für eine erste Möbelfabrik in einer Stadt Süddeutschlands sofort gesucht. Derfelde muß durchaus selbstständig und im Berechnen sicher sein. Nur Solche, welche einen gleichen Posten bekleidet und erste Zeugnisse aufweisen können, wollen sich unter **H. Sch. 25** an die Expedition d. Bl. wenden. Selbstbewerbung bei genau Gehalt gefast.

Tüchtige Tischler

für Fabrikation von Regulateurgehäusen,
 2-3 Zusammenbauer,
 2-3 Roharbeiter,
 finden sofort dauernde und lohnende Stellung
 in meiner Fabrik.
J. C. Filtenborg, Aarhus,
 Dänemark.

4 Schreinergefehen auf polirte Arbeit
 sofort für dauernd gesucht.
Philipp Hens,
 Wornö a. Rh., Eisbachstr. 82.

Tischlergefehen finden dauernde Arbeit bei
Joh. Kühl, Bramstedt i. Holst.

10-12 tüchtige Möbeltischler finden
 dauernde, lohnende Beschäftigung auf Theil-
 arbeit.
K. Schlichting,
 Hamburg, Brangelstraße 77.

Gesucht auf sofort 2 tüchtige Bau- und
 Möbeltischler für dauernde Arbeit.
S. K. Akkermann,
 Borkum (Nordseebad).

Für feine geschweifte Arbeit,

Kofoko echt und buchene Gestelle, wird ein
 selbstständiger Ia. Schreiner gesucht. M. 30
 wöchentliches Abfchlag und höher. Offerten u.
 G. R. 96 an die Exped. d. Bl.

3 Stuhlarbeiter, 2 Polirer, 1 Drechs-
 ler, 2 Maschinenarbeiter zum sofortigen
 Eintritt gesucht. **Louis Lentz, Detmold.**

Tüchtige Holzdrehler
 auf dauernde Arbeit gesucht.
Franz Dyhren, Söbeln i. S.
 Luxusmöbelfabrik.

2 tüchtige Holzdrehler werden bei loh-
 nender und dauernder Beschäftigung sofort
 gesucht. (Kraftbetrieb.)
G. Schlösser, Sorge am Garz.

Ein tüchtiger Holzdrehler findet dauernde
 Arbeit bei **J. Rumohr, Drechsler,**
 Bramstedt i. S.

Tüchtigen Möbeldrehler sucht sofort für
 Kraftbetrieb **Herm. Köhler,**
 Oelsitz i. Bogtl.

Tüchtige Stockdrehler, Radpler und
 Polirer für feine Arbeiten finden bei
 hohen Akkordlohnern sofort dauernde
 Beschäftigung.
Ludwig Neuschäfer, Stockfabrik,
 Bürgel i. Thüringen.

Gesucht sofort tüchtige Korb-
 macher auf Mattarbeit.
C. Ficke, Oldenburg (Großh.).

Mehrere Korbmacher auf Wajch- und
 Reifeförbe, für dauernd bei hohem Lohn gesucht.
W. Schulz, Korbmachersstr.,
 Beuthen a. d. Oder.

Suche per sofort noch 2 Gesellen auf grüne
 Mattarbeit. Dauernde Beschäftigung.
Wilhelm Tornow, Korbgeschäft,
 Rippertwiese (Pommern).

1 Korbmacher auf Rohr und Geschlagen.
L. Kuntze, Hamburg, Grindelallee 165.

Gesucht 1-2 tüchtige junge Korbmacher
 auf Fächförbere (grün).
F. Versemann,
 Finckewärder b. Hamburg.

Korbmacher auf Ballonförbere, 33 A.
 verlangt sofort **B. Fechner & Sohn,**
 Dransburg b. Berlin.

2-3 Korbmacher auf Sematt sucht
K. Radol, Hannover, Litz, Hofstr. 18.

Suche sofort 2-3 Korbmachergehilfen
 auf Sematt (Fächförbere); Lohn 36 A.
Carl Marahrens, Korbmachersmeister,
 Leseber b. Bremen, Mohlfstraße, Dürholz.

Ein Korbmacher auf Sinderwagen (Druck-
 zangenarbeit) für dauernd sofort gesucht.
F. Hörber, Ausbach, Gubstr. D 66.

5 geübte Korbmachergefehen auf Ballon-
 förbere sucht sofort
Otto Paul, Paschwitz.

Bürstenbohrer,

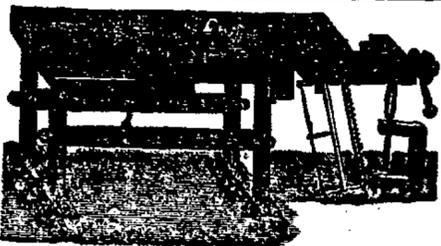
gewasche und feigige, finden sofort dauernde
 und lohnende Beschäftigung.
Birsten- u. Pinsellabrik Dezauschingen
 (Nex & Co.).

* **Hohen Lebensverdienst** *
 erzielt man allerorts durch den Betrieb sehr
 eleganter, kostengünstiger Reubel. Vorzüglicher
 Reubel-Artikel. Abt. an
Herm. Wolf,
 Zwitza i. S., Blücherstr.

Wegen Familienangelegenheiten ist sofort
 oder später eine **Stellmacherei**, welche seit
 70 Jahren mit Erfolg betrieben, zu verkaufen.
 Arbeit genug vorhanden (1 Hof mit 6 Gespann,
 Zuckerfabrik, Omnibusführwesen etc.). Zum
 Ankauf sind za. M. 1200 erforderlich, für voll-
 ständiges Werkzeug und Rohmaterial.
Gielow, Stellmachersmeister,
 Lefsin i. Mecklenb.

Tischler-Fachschule

Neustadt i. Meckl.
 Zeichner, Werkführer, Meister.



Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke.
Titus Axen, Altona.
 Preislisten gratis und franko.

Neue Werke!

Bautischlerlexikon. 30 Doppeltafeln, leicht ausführbare
 praktische Entwürfe für das ganze Gebiet der
 Bautischlerei. M. 13.

Der Möbeltischler. Komplettes Werk. IV. Abtheilung.
 30 Tafeln Entwürfe im Maßstab 1:10 (Bunt-
 farbenbrud), inkl. Kalkulationen und Belehrung
 über korrekt zu machende Kostenanschläge. M. 12.

Elf Zimmereinrichtungen verschied. Stilarten,
 komplet, in perspektivischer Anlage. Grup-
 pirung ganzer Zimmer mit Dekoration dazu.
 Buntfarbenbrud. Preis M. 12.

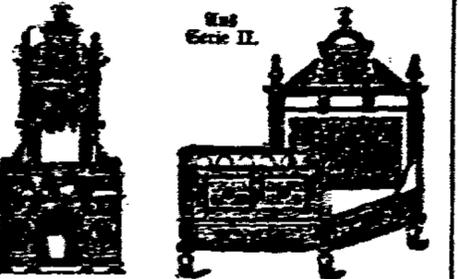
E. Rettelbusch,
 früher Tischler, Zeichner und Werkführer.
Zeichenbureau
 für Tischlerarbeiten (Skizzen und Werkstatt-
 zeichnungen), Details.
Nürnberg, Burgschmietstraße 19.

Eine vorzügliche 5 Pfg.-Zigarre
 erhält man bei
H. Kirchhof, Dortmund, Priorstr. 3b, p.

Mehmel & Herold
 durch die Expedition dieser Zeitung
 sind zu beziehen:
Entwürfe einfacher Zimmereinrichtungen.
 Serie I,
 entf. 6 vollständige Einrichtungen auf 16 Tafeln,
 mit genauen Details, auf 6 Bogen.
 Größe 72:100. Preis M. 3.

Entwürfe moderner Zimmereinrichtungen.
 Serie II,
 entf. 6 vollständige Einrichtungen auf 16 Tafeln,
 mit genauen Details, auf 8 Bogen.
 Größe 72:100. Preis M. 3.

200 Stück gute, prachtvolle
Samatra-Zigarren
 mit langer Blätter-Gin-
 lage, schmecklichem Brand, feinem Aroma, besf.
 für den billigen Preis von nur M. 5,20
 ab hier, 500 Stück M. 13 franko. Ferner
 500 Stück hochfeine Zigarren, theils mit
 Spitze, Roth- oder Goldmundstück, fortirt nur
 M. 5 ab hier. Versand gegen Nachnahme.
Garantie Zurücknahme.
Wilhelm Quincke, Neuenrade
 1. Westf.



Fest- und Vereinsabzeichen

fertigt billigt
J. Harder, Freudenstadt (Schwarzwald).
Reichs-Gewerbeordnung m. Handwerker-
gesetz f. d. Gesellenausschuss f. 50 A vom
Berlag A. Bergmann, Breslau, Adalbertstr. 19.

Berlag v. Bernh. Friedr. Voigt in Leipzig.
Die moderne
Bautischlerei
 für
Tischler und Zimmerleute
 enthält
 alle beim inneren Ausbau vorkommenden
 Arbeiten des Bautischlers.
 Zwölfte, neu bearbeitete Auflage,
 herausgegeben von
A. und M. Graef.
 Mit einem Atlas, enthaltend 40 Folio-
 tafeln, und 150 Text-Polyschnitten.
 Geh. M. 10,50.
 Vorrätig in allen Buchhandlungen und
 der Expedition dieses Blattes.

Nur noch
9 1/2 Mark
 keine 12 bis 20
 WRT. Kosten meine
 deutsch-amerikan-
 rische, Guitarrre-
 zithern „Columbia“, ca.
 52 cm. lang
 mit 6 Saiten
 5 Saiten, 41
 Saiten u. 41
 Saiten
 alle in ganz
 bewährter Aus-
 führung.
 Diese Instru-
 mente haben fast den schönen Ton der bekannten
 Concert- oder Schlagzithern, aber den großen
 Vorzug sofort von jedem nach Notenblättern und
 gratis beigelegter Schule, gespielt werden zu könn-
 en. Harmonikern wie Abbildung mit Gitarre u.
 Harfenkopf, außerordentlich schöne Instrumente,
 12 1/2 M. Porto 30 Pf. Versandt gegen Nachnahme,
 4 Wochen zur Probe. Katalog (inkl. Musikinstru-
 mente gratis u. franko.
Friedr. Herfeld, Musikinstrumentenfabrik,
 Neuenrade, Westf.
 Wie anderweitig angebotenen bedeutend klei-
 neren u. deshalb billigeren u. minderwertigen
 Columbia-Zithern von 8 Mk. kosten bei mir nur
 7 Mk. Man achte deshalb genau auf die ange-
 gebene Größe.

Genossen! Kauft mir den Meißel!
 „Solidarität“
 von Jean Blos. Stein bei Nürnberg.

Verbandsmitglieder, Achtung!
Almanach für das Jahr 1900.
 Taschenkalender für Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
 Herausgegeben vom Verbandsvorstande.
Erscheint in kurzer Zeit.

Paul Horn, Hamburg
 Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36
Fabrik chemischer Produkte.

Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut
 wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben
 sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.

Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch almahagoni und
 englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachttvolle
 Farbentöne, sofort trocken.

Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste
 weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auf-
 tragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.

Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum
 Füllen der Holzsporen mit Schellackmasse.

Paul Horn's Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte
 dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.

Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpulieren erzeugt durch einen einzigen
 Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, ent-
 fernt alle Oelwolken u. verhindert unt Garantie d. Oelausschlagen.

Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut
 abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.

Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.

Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.

Paul Horn liefert Ia. rectificirten 96%, Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.

Paul Horn ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Aus-
 stellung 1889.“

Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Ham-
 burg 1889.

Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechalerei-Fachausstellung
 Leipzig 1890.

Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen,
 div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit
 seiner Fabrikate zugegangen.

Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Achtung!!! Fachgenossen!!
„Bratsch“-Eichen-Wachsbeize in 9 versch. Farbentönen, rauht das Holz
 nicht auf, macht d. Schleifen überflüssig.

Granatpolitur. Verhütet Delausschlag, sofort glashart u. spiegel-
 blank, halbe Arbeit. Aufpolitren nicht mehr nöthig.

Schellack-Porenfüller. Füllt sofort die Poren der Hölzer und ist im
 Augenblick trocken.

Metropol-Politur. Feinste Schellackpolitur mit Delgehalt. Leichtes und
 schnelles Arbeiten ohne Delanwendung.

„Bratsch“-Lacke, -Polituren, -Beizen. Seit 1886 nach Angaben v. Fach-
 genossen hergestellt und erprobt.

Prämirt in Berlin und Leipzig. — Muster und Prospekte gratis.
C. Bratsch, Lackfabrik, Reinickendorf-Berlin.

Berlag: H. Köhler, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Neer & Co., Neube in Hamburg.